

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Martin Koller und Thomas Jung-Hammon

Regionale und sektorale Schwerpunkte des
Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland

26. Jg./1993

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttlar, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stigl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de: (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de: (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de: Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Regionale und sektorale Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland

Martin Koller und Thomas Jung-Hammon*

Die offiziellen Arbeitslosenquoten erfassen nur einen Teil der tatsächlichen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland. Ziel dieses Aufsatzes ist es deshalb, Ausmaß und Tempo der Beschäftigungs- und Arbeitsplatzverluste in den Regionen Ostdeutschlands sichtbar zu machen sowie den hohen Anteil der Entlastung durch AFG-Maßnahmen ins Bild zu rücken. Letzter (fester) Ausgangspunkt für die hier vorgestellten Rechnungen ist die Berufstätigenerhebung vom November 1990. Sie erfaßte ca. 7, 6 Mio. Beschäftigte, kann aber in Übereinstimmung mit den nun revidierten Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sektoral und territorial aussagefähig gemacht werden. Danach ergab sich für Ende 1990 eine Gesamtzahl von 8, 1 Mio. Erwerbstätigen (Inland); das waren schon 700. 000 weniger als bei der letzten DDR-Erhebung im Jahr zuvor und etwa 1, 5 Mio. weniger als vom alten Regime als gesellschaftliches Arbeitsvermögen angesetzt worden war.

Seit dieser letzten Großzählung vom November 1990 können nun in einer Kontenrechnung die „Abgänge“ aus dem Beschäftigungssystem bis zur Jahresmitte 1992 relativ sicher erfaßt werden:

- So hat sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 534. 000 erhöht.
- 830. 000 Personen sind seither in den vorgezogenen Ruhestand gegangen,
- darüber hinaus mündeten per Saldo 380. 000 Personen mehr in Qualifizierungsmaßnahmen außerhalb des Beschäftigungssystems.
- 220. 000 Erwerbspersonen sind seither abgewandert
- und 280. 000 Arbeitnehmer haben mittlerweile eine Beschäftigungsmöglichkeit als Pendler in Westdeutschland gefunden.

Für die Frage „wieviele Arbeitsplätze gibt es gegenwärtig in Ostdeutschland?“ müssen die Erwerbstätigen nach den Inlandskonzept ermittelt werden. Deshalb muß der Gegenstrom von 110. 000 mittlerweile eingewanderten Erwerbspersonen und von 75. 000 West-Ost-Pendlern in die Rechnung. Daraus ergibt sich das Bilanzergebnis von 6, 082 Millionen Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (zur Jahresmitte '92).

Seit dem Fall der Mauer errechnet sich damit ein durchschnittlicher Arbeitsplatzverlust von -31. 5% (ohne Abbau des „Kontrollbereichs“), seit Ende November 1990 ein Minus von 25, 3%. Dabei sollte aber bedacht werden, daß im letzten Herbst etwa noch 700. 000 Arbeitnehmer bei Treuhandunternehmen beschäftigt waren, für die zum Teil bereits das Liquidationsverfahren eingeleitet war. Von den gesamten in der Bilanz errechneten 6 Mio. Arbeitsplätzen sind fast 900 Tsd. durch AFG-Maßnahmen gestützt. In der letzten Welle des Arbeitsmarkt-Monitors gab jeder sechste Erwerbstätige an, daß er befürchte, seinen Arbeitsplatz in nächster Zukunft zu verlieren, ohne einen neuen in Aussicht zu haben.

Die regionalisierten Bilanzergebnisse machen deutlich, daß selbst in dem kürzeren Erfassungszeitraum von Ende 1990 bis Mitte 1992 der Arbeitsplatzabbau mit unterschiedlichem Tempo vor sich ging:

- Die Verlustraten streuen zwischen -36% (mit den Extremwerten in Annaberg, Neubrandenburg, Stralsund, Stendal, Merseburg, Bautzen oder Pirna) und -11% in Dresden.
- Bei Redaktionsschluß lag die durchschnittliche Entlastungsrate von AFG-Maßnahmen (ABM, Vollzeit-FuU, Vollzeit-äquivalent-Kug, Alüg, Vog) bei 28%, die Spannweite zwischen den einzelnen Arbeitsamtsbezirken reicht von 22 bis 44 Prozent (einschl. der Subvention noch bestehender Arbeitsverhältnisse).
- Die Arbeitsmarktprobleme wären größer, wenn nicht die Bilanzen durch die Abwanderung von über einer Million Ostdeutscher seit dem Fall der Mauer „geschönt“ würden und wenn nicht ca. 460. 000 Pendler wenigstens im Westen Arbeit gefunden hätten. Deshalb werden ergänzend in diesem Aufsatz auch die regionale Inzidenz der Wanderungsverluste und die Pendelintensitäten ausgewiesen.

Die ausgewiesenen Zahlen sind Schätzungen nach dem gegenwärtigen Stand der Kunst. Dennoch kann man für diese Berechnungen schon ein hohes Maß an Verlässlichkeit unterstellen. Diese Rechnungen können allerdings nichts zum Wendepunkt der Entwicklung sagen, oder gar dazu, ob die „untere Widerstandslinie“ bereits erreicht sei. Auch wenn das Tempo des Beschäftigungsabbaus gebremst werden kann, dürfte die Zahl der Arbeitsplätze im Frühjahr 93 unter 6 Mio. liegen.

Gliederung

1 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

2 Regionale Arbeitsmarktbilanzen

2. 1 Kontenrechnung für „Abgänge“ aus Beschäftigung (seit Ende 1990)

2. 2 Bilanzergebnis „Inlands-Konzept“

2. 3 Bilanzergebnis „Inländer-Konzept“

3 Umfang der AFG-Maßnahmen und Unterbeschäftigung in den Regionen

4 Entwicklung und regionale Verteilung der Beschäftigten von Treuhand-Unternehmen

5 Sektorale Arbeitsplatzentwicklung in den neuen Bundesländern

6 Regionalstrukturen von Wanderungen und Pendlern

7 Folgerungen für die regionale Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Anhang: Zur Methode

* Martin Koller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des IAB. Wesentliche Teilergebnisse der hier vorgelegten Berechnungen wurden von H. Rudolph und Th. Jung-Hammon erarbeitet (siehe hierzu auch den methodischen Anhang). Der Beitrag wurde für die Beratung in den Ausschüssen der Selbstverwaltung der BA erstellt und deshalb im wesentlichen bis Anfang Oktober 1992 abgeschlossen. Er liegt inhaltlich in der alleinigen Verantwortung der Autoren.

I Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Wertschöpfung und Produktivität in Ostdeutschland sind immer noch so schwach wie in den schwächsten Partnerländern der EG. Die Einkommen sind in hohem Maße transfergestützt, das tatsächliche Ausmaß der Unterbeschäftigung wird nur zu einem Bruchteil in den offiziellen Arbeitslosenquoten gespiegelt.

Obwohl das Ausmaß der arbeitsmarktpolitischen Entlastung (insbesondere durch AFG-Maßnahmen) im europäischen Maßstab bislang ohne Beispiel ist, überwiegen nach wie vor die negativen Auswirkungen des notwendigen Strukturwandels: Immer noch müssen mehr alte Arbeitsplätze aufgegeben werden als neue hinzukommen.

Trotz umfangreicher Investitionshilfen und des flächendeckenden Einsatzes gezielter arbeitsmarktpolitischer Instrumente ist seit dem Zusammenbruch des Plan-Regimes jeder dritte Arbeitsplatz weggefallen (-35% bis Mitte 1992). Dabei ist ein erheblicher Teil der noch bestehenden Beschäftigung subventioniert. Hinter der noch versteckten Arbeitslosigkeit stehen Produktivitätsnachteile, die gegenwärtig nur begrenzt zu kalkulieren sind. Die Entlassungspotentiale können zwar nicht konkret benannt werden, sie sind allerdings erkennbar

- in den Konsolidierungsplänen und erwarteten Beschäftigungslinien der Treuhand-Unternehmen und der mittlerweile privatisierten Betriebe,
- in dem Volumen des Arbeitsausfalls, das durch Kurzarbeitergeld und andere AFG-Maßnahmen abgedeckt wird,
- in den Einschätzungen der Branchenexperten und den Projektionen der Wirtschaftsforschungsinstitute, sowie in den vom IAB abgefragten Erwartungen der Erwerbstätigen.

Hinter den immensen Beschäftigungsverlusten steht ein noch stärkerer Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion (um ca. 50%). Außerordentlich hohe Transferleistungen ermöglichten auch 1992 und 93, daß der inländische Konsum die Produktion bei weitem übertrifft. Bisher wurde allerdings nur ein zu bescheidener Teil aller öffentlichen Transfers – sie dürften 1991 und 1992 zusammen rund 400 Mrd. DM brutto betragen haben – in die notwendige, zügige Realkapitalbildung investiert. Ohne die Ausweitung arbeitsplatzschaffender Investitionen besteht die Gefahr einer weiteren Ausbreitung und Verfestigung der Arbeitslosigkeit.

Erwartungssicherheit und die Teilhabe an selbstverantwortlichen Gestaltungsmöglichkeiten sind aber die Basis für die gesellschaftliche Einheit, die gegenwärtig noch nicht erreicht ist. Dabei muß – bei nüchterner und doch keineswegs ängstlicher Betrachtung – Integration nach der Vereinigung als ein auf längere Sicht schwieriger, vielgestaltiger (und kostspieliger) Prozeß der Umstrukturierung gesehen werden. Schließlich soll für den Produktions- und Dienstleistungsstandort Ostdeutschland Konkurrenzfähig-

keit auf offenen Märkten und eigenständiges Wachstum erreicht werden.

Das Gesamtbild der Arbeitsmarktp Probleme konnte bisher schon durch die Arbeiten des IAB hinlänglich scharf gezeichnet werden¹. Die Integration Ostdeutschlands auf offenen europäischen Güter- und Kapitalmärkten führt aber auch zu einer schnellen Umwertung bisheriger Standortfaktoren. Der Strukturwandel vollzieht sich mit ungleicher Geschwindigkeit in den einzelnen Regionen. Wegen der unterschiedlichen Belastungen und Entwicklungschancen zeichnet sich heute bereits die Herausbildung von Problemgebieten ab. Es ist deshalb das Ziel dieser Studie, in „nüchternen“ Rechnungen Ausmaß und Tempo der Beschäftigungs- und Arbeitsplatzverluste in den Regionen Ostdeutschlands sichtbar zu machen sowie den hohen Anteil der Entlastung durch beschäftigungsstützende und potenzialmindernde Maßnahmen ins Bild zu rücken. Dazu werden im folgenden neue und so aktuell wie möglich gerechnete *regionale Arbeitsmarktbilanzen* vorgelegt.

2 Regionale Arbeitsmarktbilanzen

Der Arbeitsmarkt-Monitor und andere Erhebungen geben ein relativ verlässliches Bild von den Entwicklungen auf dem gesamten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands. Für die Teilbereiche Arbeitslosigkeit und AFG-Maßnahmen gibt es ein sehr ausdifferenziertes Informationsangebot. Nicht beantwortet werden konnten bisher die Fragen:

Wieviele Erwerbstätige gibt es gegenwärtig in den Teilregionen (z. B. in den Arbeitsamtsbezirken)?

Woher kommen die Pendler, die mittlerweile im Westen eine Beschäftigung aufgenommen haben?

Wieviele haben seit der letzten Großzählung das Land verlassen, aus welchen Regionen kamen die Abwanderer?

Wo sind die regionalen und sektoralen Schwerpunkte des Arbeitsplatzabbaus in Ostdeutschland?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden die verfügbaren Teilinformationen in Kontenrechnungen zusammengeführt. Dabei entstehen drei Bausteine für die regionalen Arbeitsmarktbilanzen. Der erste Teilschritt versucht, sämtliche Abgänge seit der letzten etwa flächendeckenden Großzählung bis zur Mitte des letzten Jahres zu erfassen. Der zweite Teilschritt ergibt schließlich eine regionale Arbeitsplatzbilanz nach dem Inlandskonzept. Der dritte Baustein entsteht aus den Schätzungen der regionalen Erwerbstätigenzahlen nach dem Inländerkonzept.

2.1 Kontenrechnung für „Abgänge“ aus Beschäftigung seit Ende 1990

Ausgangspunkt für alle weiteren Rechnungen und Schätzungen ist die Berufstätigenerhebung von Ende November 1990 (BTE 90). Sie ist die letzte flächendeckende, regional und sektoral einigermaßen verlässliche Großzählung. Allerdings mußten ihre Zählergebnisse von Statistischen Landesämtern und vom Statistischen Bundesamt hochgerechnet werden, da die Zählung nur etwa 7,6 Millionen Berufstätige erfaßte, während im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Zahl der Erwerbstätigen im Inland zum selben Zeitpunkt auf 8,14 Mio geschätzt wurde. Soweit sektorale Bestandszahlen für die Kreise der neuen Bundesländer vorlagen, gingen sie direkt in unsere Ausgangsschätzung für die Arbeitsamtsbezirke ein. Für die dennoch nötigen Angleichungen wurden die Sektorinformationen und die regionalen Anteile für zehn Wirtschaftsabteilungen als Raster benutzt².

¹ Siehe hierzu die jüngsten Publikationen des IAB: Autorengemeinschaft: Arbeitsplatzförderung statt Lohnersatz, Werkstattbericht Nr. 7 vom 26. 05. 1992 im Anhang, sowie Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern – Zwischenbilanz und Herausforderung. In: MittAB 2/1992, sowie vor allem Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt 1992 und 1993 in der Bundesrepublik Deutschland. In: MittAB 4/92. Das gilt auch für die nahezu kongruenten Einschätzungen anderer Institute. Als jüngstes Beispiel sei hier nur B. Hof in: IW-Trends 3/92 genannt.

² Diese Datenaufbereitung wurde durch H. Rudolph geleistet, s. IAB-Werkstattbericht Nr. 16 vom 28. 08. 1992.

Übersicht 1: Regionale Arbeitsmarktbilanzen Teil 1: Erste Kontenrechnung für die Abgänge aus Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland bis Mitte 1992 (Fortschreibung der hochgerechneten BTE 1990)

Neue Länder und Berlin (Ost)	Erwerbstätige und Anfangsbestand	Abgang seit Ende November '90 bis zur Jahresmitte '92 in: **)					Abgang insgesamt	Zwischenbilanz Mitte 1992
	Ende Nov. 1990 *)	Arbeitslosigkeit	vorgezogenen Ruhestand	Qualifizierung ausserh. des Beschäftigungssystems	Abwanderung von Erwerbspersonen	als Pendler nach Westdeutschland	Summe Sp. 002-006	unbereinigtes Rechenergebnis "Teil 1" ***)
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005	006	007	008
Mecklenburg-Vorpommern	1004520	74400	98850	43840	32560	28000	277650	726870
031 Neubrandenburg	259940	26160	28290	12700	8020	3920	79090	180850
032 Rostock	290460	20550	26050	11280	9740	5880	73500	216960
033 Schwerin	269270	12270	25070	11550	8110	15400	72400	196870
034 Stralsund	184850	15410	19430	8340	6680	3080	52940	131910
Brandenburg	1269950	83220	131510	53050	32120	43120	343020	926930
035 Cottbus	363360	21940	33630	12490	9220	4200	81480	281880
036 Eberswalde	166170	14360	15940	9090	4850	3920	48160	118010
037 Frankfurt (Oder)	196570	12990	21160	9150	5570	5320	54190	142380
038 Neuruppin	240920	18150	29380	11500	5980	12320	77330	163590
039 Potsdam	302920	15790	31390	10830	6500	17080	81590	221330
Sachsen-Anhalt	1470500	110320	163000	64190	45970	37240	420720	1049780
042 Dessau	142420	10810	17310	8050	4260	2240	42670	99750
043 Halberstadt	150050	12720	17480	4900	5430	7840	48370	101580
044 Halle	261630	15890	26500	11030	9680	3920	67020	194610
045 Magdeburg	374500	29110	39130	15590	10220	8680	102730	271770
046 Merseburg	211680	18360	25870	8040	5320	3360	60950	150730
047 Sangerhausen	122610	7340	15020	7740	3730	2520	36350	86260
048 Stendal	129400	9860	13010	5150	4840	7000	39860	89540
049 Wittenberg	78220	6230	8680	3500	2500	1400	22310	55910
Sachsen	2414690	147370	255430	121240	71160	38080	633280	1781410
071 Annaberg	180060	19360	20650	8460	5260	3360	57090	122970
072 Bautzen	346390	25280	40420	18170	11890	4480	100240	246150
073 Chemnitz	290650	14910	29090	16840	8340	4480	73660	216990
074 Dresden	349990	11250	29550	14770	8440	4200	68210	281780
075 Leipzig	495170	17050	49330	18470	16240	7280	108370	386800
076 Oschatz	89800	8180	9420	5100	2650	1400	26750	63050
077 Pirna	189700	13460	20680	9590	6080	2520	52330	137370
078 Plauen	138580	11000	16080	7410	3100	5040	42630	95950
079 Riesa	119170	9080	14180	8850	4010	1680	37800	81370
092 Zwickau	213120	17760	26030	13900	5150	3640	66480	146640
Thüringen	1292600	79060	132970	66830	37540	55720	372120	920480
093 Erfurt	274130	13620	24720	15090	7350	5600	66380	207750
094 Gera	175350	10780	19340	10550	5250	6160	52080	123270
095 Gotha	177880	12690	19340	7060	4960	8120	52170	125710
096 Jena	197800	14080	17120	10240	5580	4200	51220	146580
097 Nordhausen	150670	10730	16760	8300	4860	9240	49890	100780
098 Suhl	262640	13700	29240	11450	7560	21000	82950	179690
070 ALTENBURG (TH)	54130	3470	6460	3420	1990	1120	16460	37670
80 Berlin (Ost)	686840	35150	48310	30840	1120	77840	193260	493580
Neue Bundesländer	8141520	534020	830050	379580	220500	280000	2244150	5897370

*) Umgerechnete Ergebnisse der BTE '90 (siehe den betreffenden Textabschnitt in den methodischen Hinweisen)

**) Von dieser geschätzten Ausgangsverteilung (Sp. 001) können die seither erfolgten Abgänge in Konten außerhalb des Beschäftigungssystems relativ exakt verfolgt werden. Die hier relevante Bestandsveränderung wurde aus dem seit Nov. 1990 in der Arbeitsmarktstatistik erfaßten Anstieg bei den Arbeitslosen, dem Vorruhestand (VoG/AlueG), den Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen der Qualifizierung, der seither erfolgten Abwanderung von Erwerbspersonen und der Zunahme der Ost/West-Pendler ermittelt

***) Dieses rechnerische Zwischenergebnis enthält noch Mischkomponenten von Arbeitsorts- und Wohnortskonzepten. Eine Bereinigung anhand ostdeutscher Pendlermatrizen wird erst in den weiteren Teilschritten vorgenommen. Siehe Übersicht 2 und 3 sowie Methodenanhang

Die erste Spalte der Übersicht 1 zeigt das Ergebnis dieses ersten Schätzschrittes für Arbeitsamtsbezirke und Bundesländer. Dies ist zugleich der Anfangsbestand für unsere weitere Kontenrechnung. Von diesem Zeitpunkt an können nämlich die später erfolgten Abgänge in „Konten“ außerhalb des Beschäftigungssystems relativ exakt verfolgt werden.

Die hier relevanten Bestandsveränderungen seit Ende November 1990 betreffen den seitherigen Anstieg der Arbeitslosigkeit, des vorgezogenen Ruhestands, bei der Qualifizierung außerhalb des Beschäftigungssystems, bei der seither weiterlaufenden Abwanderung von Erwerbspersonen und den Anstieg der Auspendler nach Westdeutschland.

Wichtig für unsere Kontenrechnung ist, daß die gewichtigeren Bestandsveränderungen regional aus der Statistik der Arbeitsverwaltung erfaßt werden können. Die Struktur der Abwanderungsverluste ergibt sich aus den von uns hochgerechneten ZER-Daten, für die Regionalverteilung der Ost-West-Pendler haben wir erste Testauswertungen der Beschäftigtenstatistik verwandt. Der Rückgriff auf noch nicht veröffentlichte Daten war nötig, weil für alle genannten Teilaggregate eine völlig unterschiedliche Regionalstruktur gilt.

Die hier vorgelegte Kontenrechnung kann zwar laufend aktualisiert werden, die zum Teil umfangreichen Schätzoperationen erzwangen aber einen „Redaktionsschluß“ für Ende Juni 1992. Detailliertere Ausführungen zu den methodischen Problemen finden sich im Anhang.

Die Übersicht 1 weist die Ergebnisse dieser Rechnungen für die genannten „Abgangskonten“ in den einzelnen Spalten nach. Spalte 7 ergibt in der Addition eine Verringerung des Ausgangsbestandes bis Mitte 1992 um 2, 24 Millionen Erwerbstätige. Unter der Annahme, daß diese Rechnung vollständig und nur mit „läßlichen“ Fehlern behaftet ist, ergibt sich eine Zahl von 5, 89 Millionen Erwerbstätigen als Zwischenbilanz für Ende Juni 1992. Folgt man der Methodik dieses Rechenansatzes, so ist diese Zahl gleichzusetzen mit dem Restbestand an Arbeitsplätzen für Ostdeutsche in Ostdeutschland zu diesem willkürlichen Bilanzstichtag. Zweifellos kann man es als sozialpolitisches Verdienst verbuchen, daß es in diesem Rechenzeitraum für 830. 000 weitere Arbeitnehmer wenigstens die Option auf einen vorgezogenen Ruhestand geben konnte (siehe hierzu den methodischen Anhang). Das gleiche gilt auch für die gelungene Ausweitung an Vollzeit-Bildungsmaßnahmen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit fiel deshalb gedämpft aus. Dennoch, 530. 000 mehr als im November 1990 hatten keine andere Alternative, und 500. 000 Erwerbspersonen mußten zusätzlich gehen, um im Westen Arbeit zu suchen, weil nicht genügend Arbeit und Kapital zu ihnen kamen³.

In nur eineinhalb Jahre haben damit über 2, 2 Millionen ihren Arbeitsplatz in Ostdeutschland verloren. Auf derartige soziale Erosionsprozesse ist keine Bevölkerung genügend vorbereitet, auch kein wirtschaftspolitisches System. Die Bevölkerung der ehemaligen DDR war zudem, ungeachtet all der bekannten Einschränkungen im täglichen Leben, zumindest Arbeitsplatzsicherheit gewöhnt.

2. 2 Bilanzergebnis „Inlandskonzept“

Der erste Baustein unserer Bilanzrechnung diente dem Versuch, die letzte Regionalstatistik in Form einer Abgangsrechnung zu aktualisieren. In saldierten Bestandsgrößen entstand dabei ein noch sehr grobes Bild des Arbeitsmarktgeschehens in den Regionen, wie es sich für Ostdeutsche in oder aus Ostdeutschland im wesentlichen darstellt. Unabhängig vom Gang der Rechnung wäre dies auch wohl die vorrangige Fragestellung.

Wenn man aber fragt, „Wieviele Arbeitsplätze gibt es gegenwärtig in Ostdeutschland?“, so muß auch der Gegenstrom von mittlerweile eingewanderten Erwerbspersonen und Einpendlern aus Westdeutschland ins Kalkül. Es geht

also darum, die Erwerbstätigen nach dem *Inlandskonzept* zu ermitteln. Wir würden die Logik unseres Rechenansatzes verletzen, wenn wir zwar die Abwanderungsverluste „abschreiben“, ohne gleichzeitig den mittlerweile gewachsenen Zustrom an Erwerbspersonen zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck wurden die Zahlen der Zuwanderer im Alter von 15 – 65 Jahren (auch in Übereinstimmung mit der Potentialbilanz des IAB) mit einer Erwerbsquote von durchschnittlich 70% verrechnet. Die Regionalstrukturen für die einzelnen Arbeitsämter stammen aus unseren Analysen der ZER-Daten. Testauswertungen aus der Beschäftigtenstatistik lieferten die Regionalverteilung für den geschätzten Anstieg der Einpendler um 75. 000.

Aus den bisherigen Schätzungen leitet sich nun das wichtigste Zwischenergebnis unserer Bilanz ab: Danach dürfte die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland bei etwa 6, 08 Millionen zur Mitte des Jahres 1992 gelegen haben. Anhand der Übersicht 2 können diese letzten Rechenschritte nachvollzogen werden, das Bilanzergebnis steht in der Spalte 004.

Die hier vorgestellten Schätzungen für die Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept bilden die Basis für alle weiteren regionalen Analysen zum Umfang und Ausmaß der Arbeitsplatzverluste, der Unterbeschäftigung, der sektoralen Entwicklungslinien und auch zu den Beschäftigungsanteilen der Treuhandunternehmen in den Regionen.

2. 3 Bilanzergebnis „Inländerkonzept“

Der dritte Baustein unserer Bilanzrechnung ergibt sich nun fast von selbst: Wenn man zu den 5, 9 Millionen erwerbstätigen Ostdeutschen in Ostdeutschland (= erstes Bilanzergebnis) die Wanderungsgewinne an Erwerbspersonen bis Mitte 1992 und die Zahl aller Ost-West-Pendler zur Jahresmitte hinzuzählt, so erhält man die Gesamtzahl an erwerbstätigen *Inländern*. Nach unseren Berechnungen wäre dies eine Bestandszahl von 6, 48 Millionen Erwerbstätigen in Ostdeutschland zu diesem Bilanzstichtag. Folgerichtig entspricht die Differenz zwischen den beiden Schätzergebnissen nach dem Inlandskonzept (Teil II der Bilanz) und dem Inländerkonzept (Teil III der Bilanz) in Höhe von 385 000 dem Pendlersaldo zur Jahresmitte 1992 (zur Kontrolle: 460 000 minus 75 000).

Die Ergebnisse dieses Bilanzteils sind in Übersicht 3 dargestellt. Sie wären zur Zeit die Basis für eine Neuberechnung der regionalen Arbeitsplatzquoten (nach dem Wohnortprinzip und auf abhängige Erwerbspersonen bezogen). Methodische Erläuterungen finden sich wieder im Anhang.

3 Umfang der AFG-Maßnahmen und Unterbeschäftigung in den Regionen

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wäre, wie schon mehrfach erwähnt, ungleich höher ausgefallen, wenn nicht entlastende AFG-Maßnahmen Ersatz- oder Übergangsoptionen bereitgestellt hätten. Bisher haben wir in unseren Rechnungen nur die Entlastungsmaßnahmen außerhalb des Beschäftigungssystems eingefangen: Also vorgezogenen Übergang in Rente (VoG und AlÜG) und Vollzeitqualifizierungsmaßnahmen. Diese Optionen haben seit Ende 1990, wie in Teil I unserer Bilanz dargestellt, zusätzlich über 1, 2 Millionen Arbeitnehmer genutzt.

Ein umfangreicher Teil der AFG-Maßnahmen stützt aber bestehende Beschäftigungsverhältnisse. Ohne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Zuschüsse zur Kurzarbeit und

³ Bei dieser Wertung wird keineswegs übersehen, daß der notwendige Umfang an Investitionen in dieser Zeitspanne nicht zu leisten war. Analysen des RWI (Klemmer '90) zeigten, daß auch in den Jahren des Wirtschaftswunders nie mehr als 20% Nettoinvestitionen erzielt werden konnten. Selbst bei dem ungleich höheren Transferpotential von heute bleibt das die Aufgabe vieler Jahre.

Übersicht 2: Regionale Arbeitsmarktbilanzen Teil 2: Kontenrechnung zur Ermittlung der Arbeitsplätze (Erwerbstätige) zur Jahresmitte 1992 nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsort). Ergänzung von Teil 1 um die Zugänge (Erwerbspersonen und Einpendler)

	Zwischenbilanz	Zugaenge seit Ende Nov. 90		Zwischenkonto	Bilanzergebnis Mitte '92
Neue Laender und Berlin (Ost)	siehe Teil-schritt 1	Zuwanderer	Einpendler	unbereinigt	Erwerbstaetige Inlandskonzept
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005
Mecklenburg-Vorpommern	726870	13250	8775	748895	699470
031 Neubrandenburg	180850	2910	1650	185410	170310
032 Rostock	216960	3620	2550	223130	212880
033 Schwerin	196870	4340	3075	204285	194640
034 Stralsund	131910	2390	1500	135800	121650
Brandenburg	926930	17390	10200	954520	973180
035 Cottbus	281880	3230	2175	287285	261540
036 Eberswalde	118010	2300	1050	121360	121650
037 Frankfurt (Oder)	142380	2650	1275	146305	152060
038 Neuruppin	163590	3800	2100	169490	164220
039 Potsdam	221330	5410	3675	230415	261540
Sachsen-Anhalt	1049780	19160	12300	1081240	1094830
042 Dessau	99750	1840	975	102565	103400
043 Halberstadt	101680	1870	1275	104825	103400
044 Halle	194610	3320	2400	200330	225050
045 Magdeburg	271770	4870	3900	280540	291950
046 Merseburg	150730	2470	1200	154400	139900
047 Sangerhausen	86260	1460	750	88470	85150
048 Stendal	89540	2130	1125	92795	85150
049 Wittenberg	55910	1190	675	57775	54740
Sachsen	1781410	33910	23325	1838645	1855120
071 Annaberg	122970	2340	675	125985	115570
072 Bautzen	246150	3430	7125	256705	231130
073 Chemnitz	216990	3860	2025	222875	255460
074 Dresden	281780	5540	3975	291295	310200
075 Leipzig	386800	8630	5025	400455	419680
076 Oschatz	63050	1010	525	64585	60820
077 Pirna	137370	2560	1350	141280	127730
078 Plauen	95950	1900	750	98600	97320
079 Riesa	81370	1860	825	84055	85150
092 Zwickau	146640	2780	1050	150470	152060
Thueringen	920480	22160	10650	953290	961010
093 Erfurt	207750	4390	2700	214840	231130
094 Gera	123270	3300	1275	127845	127730
095 Gotha	125710	2480	1575	129765	133810
096 Jena	146580	3260	1500	151340	139900
097 Nordhausen	100780	3590	1125	105495	103400
098 Suhl	179690	4540	2100	186330	188550
070 ALTENBURG (TH)	37670	600	300	38570	36490
80 Berlin (Ost)	493580	4100	9675	507355	492670
Neue Bundeslaender	5897370	110000	75000	6082370	6082370

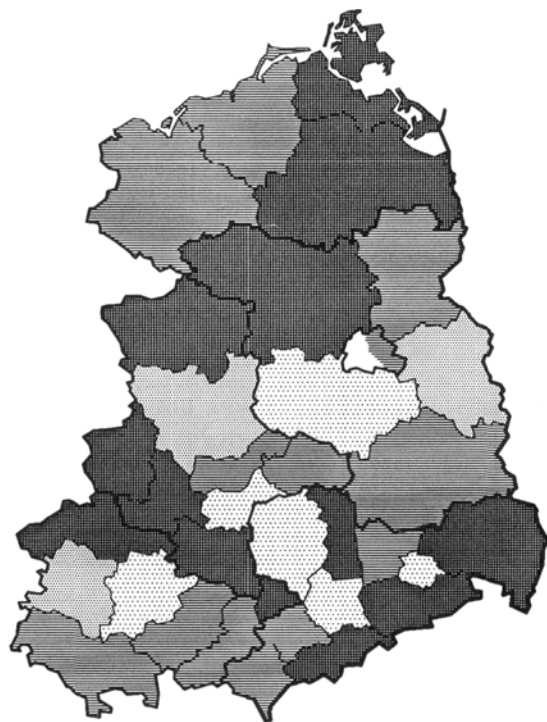
Sp. 001: Zwischenergebnis der Bilanz in Übersicht 1, Sp. 008

Sp. 002: Zuwanderung seit Ende November 1990 (ZER-Daten für 15-65jährige hochgerechnet; EQ = 70%)

Sp. 003: Einpendler aus dem Westen (mit vorläufigen Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik hochgerechnet)

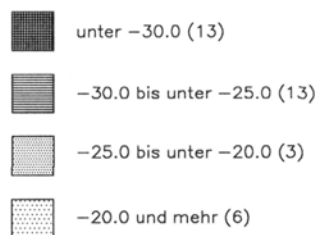
Sp. 004: Vorläufiges Teilergebnis: Sp. 001 + Sp. 002 + Sp. 003

Sp. 005: Dieses wichtige Teilergebnis ist mit internen Pendlermatrizen korrigiert und enthält die Schätzergebnisse nach dem „Arbeitsortskonzept“ (siehe Methodenanhang)



Karte 1:
Arbeitsplatzverluste in den neuen Bundesländern
von Nov. 1990 bis Juni 1992

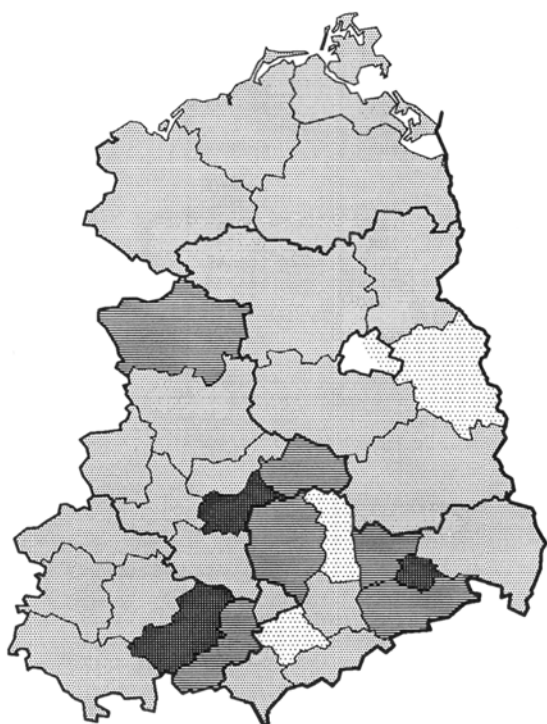
Entwicklung der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept)
von Nov. 1990 bis Juni 1992 (in %); Min.: -35.8, Max.: -11.4,
arith. Mittelw.: -27.0; in Klammern: Klassenhäufigkeit
Quelle: IAB VII/6 (Ko)



— Bundesgrenze
— Landesgrenze
— Arbeitsamtsbezirk

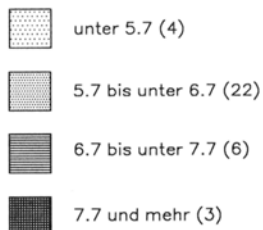
100 km

IAB VII/6



Karte 2:
Abwanderungen aus den neuen Bundesländern
von Nov. 1989 bis Juni 1992

Abwanderungen von Nov. 1989 bis Juni 1992 bezogen auf die
Wohnbev. zum 31.12.1989 (in %); Max.: 10.1, Min.: 4.9,
arith. Mittelw.: 6.6; in Klammern: Klassenhäufigkeit
Quelle: ZER-Daten hochgerechnet



— Bundesgrenze
— Landesgrenze
— Arbeitsamtsbezirk

100 km

IAB VII/6

Übersicht 3: Regionale Arbeitsmarktbilanzen Teil 3: Kontenrechnung zur Ermittlung der Erwerbstätigen nach dem Inländerkonzept zur Jahresmitte 1992

	Zwischenbilanz			Zwischenkonto	Bilanzergebnis Mitte '92
Neue Laender und Berlin (Ost)	"Arbeitsplaetze fuer Ostdeutsche in den neuen Laendern"	zugewandert seit Nov. 1990	Auspendler (Ostdeutsche in Westdeutschland)	Erwerbstaetige Inlaender	Erwerbstaetige Wohnort bereinigt
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005
Mecklenburg-Vorpommern	726870	13250	46000	786120	743750
031 Neubrandenburg	180850	2910	6440	190200	181090
032 Rostock	216960	3620	9660	230240	213420
033 Schwerin	196870	4340	25300	226510	213420
034 Stralsund	131910	2390	5060	139360	135820
Brandenburg	926930	17390	70840	1015160	1060650
035 Cottbus	281880	3230	6900	292010	265160
036 Eberswalde	118010	2300	6440	126750	142280
037 Frankfurt (Oder)	142380	2650	8740	153770	174620
038 Neuruppin	163590	3800	20240	187630	206960
039 Potsdam	221330	5410	28060	254800	271630
Sachsen-Anhalt	1049780	19160	61180	1130120	1151190
042 Dessau	99750	1840	3680	105270	109950
043 Halberstadt	101680	1870	12880	116430	122880
044 Halle	194610	3320	6440	204370	206960
045 Magdeburg	271770	4870	14260	290900	291030
046 Merseburg	150730	2470	5520	158720	155220
047 Sangerhausen	86260	1460	4140	91860	103480
048 Stendal	89540	2130	11500	103170	103480
049 Wittenberg	55910	1190	2300	59400	64670
Sachsen	1781410	33910	62560	1877880	1914340
071 Annaberg	122970	2340	5520	130830	142280
072 Bautzen	246150	3430	7360	256940	278100
073 Chemnitz	216990	3860	7360	228210	226360
074 Dresden	281780	5540	6900	294220	258700
075 Leipzig	386800	8630	11960	407390	400980
076 Oschatz	63050	1010	2300	66360	71140
077 Pirna	137370	2560	4140	144070	155220
078 Plauen	95950	1900	8280	106130	116410
079 Riesa	81370	1860	2760	85990	97010
092 Zwickau	146640	2780	5980	155400	174620
Thueringen	920480	22160	91540	1034180	1054180
093 Erfurt	207750	4390	9200	221340	219890
094 Gera	123270	3300	10120	136690	129350
095 Gotha	125710	2480	13340	141530	148750
096 Jena	146580	3260	6900	156740	155220
097 Nordhausen	100780	3590	15180	119550	129350
098 Suhl	179690	4540	34500	218730	226360
070 ALTENBURG (TH)	37670	600	1840	40110	51740
80 Berlin (Ost)	493580	4100	127880	625560	536790
Neue Bundeslaender	5897370	110000	460000	6467370	6467370

Sp. 001: entspricht Zwischenbilanz in Übersicht 1, Sp. 008

Sp. 002: ZER-Daten hochgerechnet

Sp. 003: mit vorläufigen Daten der Beschäftigtenstatistik hochgerechnet

Sp. 004: vorläufiges Teilergebnis: Sp. 001 + Sp. 002 + Sp. 003

Sp. 005: Dieses wichtige Teilergebnis ist mit internen Pendlermatrizen korrigiert und enthält die Schätzergebnisse nach dem „Wohnortkonzept“ (siehe Methodenhang). Die Differenz zwischen Inlands- und Inländerkonzept (erstes und zweites Bilanzergebnis) entspricht dem Pendlersaldo von 385 000 (460 000 Auspendler – 75 000 Einpendler)

Übersicht 4: Umfang der AFG-gestützten Erwerbstätigkeit in den Regionen Ostdeutschlands (zur Jahresmitte 1992)

Neue Laender und Berlin (Ost)	Bestand zur Jahresmitte 1992						
	Erwerbstätige Inlandskonzept	ABM	Kurzar- beit	Qualifi- zierung (in Be- schaefti- gung)	Summe Sp. 002-004 *	Differenz Sp.001 - Sp.005	Anteil von Sp. 005 an Sp.001
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005	006	007
Mecklenburg-Vorpommern	699470	49863	34037	7575	91475	607995	0,13
031 Neubrandenburg	170310	17321	6861	1781	25963	144347	0,15
032 Rostock	212880	16039	9852	1987	27878	185002	0,13
033 Schwerin	194640	9487	9120	1987	20594	174046	0,11
034 Stralsund	121650	7016	8204	1803	17023	104627	0,14
Brandenburg	973180	61495	61022	12880	135397	837783	0,14
035 Cottbus	261540	15021	20643	3008	38672	222868	0,15
036 Eberswalde	121650	10425	6469	2625	19519	102131	0,16
037 Frankfurt (Oder)	152060	10900	10566	2527	23993	128067	0,16
038 Neuruppin	164220	13172	12708	2945	28825	135395	0,18
039 Potsdam	261540	11977	10636	1617	24230	237310	0,09
Sachsen-Anhalt	1094830	91642	78939	10991	181572	913258	0,17
042 Dessau	103400	10460	8641	1363	20464	82936	0,20
043 Halberstadt	103400	10239	7124	850	18213	85187	0,18
044 Halle	225050	11965	9134	2655	23754	201296	0,11
045 Magdeburg	291950	25152	21655	2289	49096	242854	0,17
046 Merseburg	139900	9934	18976	689	29599	110301	0,21
047 Sangerhausen	85150	8985	5286	864	15135	70015	0,18
048 Stendal	85150	9570	4406	1740	15716	69434	0,18
049 Wittenberg	54740	5337	3717	562	9616	45124	0,18
Sachsen	1855120	102787	144705	16096	263588	1591532	0,14
071 Annaberg	115570	11464	11804	832	24100	91470	0,21
072 Bautzen	231130	17232	18039	2561	37832	193298	0,16
073 Chemnitz	255460	8622	21880	1644	32146	223314	0,13
074 Dresden	310200	6001	16813	2123	24937	285263	0,08
075 Leipzig	419680	26233	25450	3409	55092	364588	0,13
076 Oschatz	60820	3429	5404	661	9494	51326	0,16
077 Pirna	127730	7205	14794	874	22873	104857	0,18
078 Plauen	97320	6974	6934	1334	15242	82078	0,16
079 Riesa	85150	8274	7085	950	16309	68841	0,19
092 Zwickau	152060	7359	16507	1710	25576	126484	0,17
Thueringen	961010	66836	85844	15526	168206	792804	0,18
093 Erfurt	231130	10394	14717	2766	27877	203253	0,12
094 Gera	127730	6720	13008	1822	21550	106180	0,17
095 Gotha	133810	10968	11101	1758	23827	109983	0,18
096 Jena	139900	8586	11713	3405	23704	116196	0,17
097 Nordhausen	103400	11199	8098	2136	21433	81967	0,21
098 Suhl	188550	16484	23442	3167	43093	145457	0,23
070 Altenburg (TH)	36490	2485	3765	440	6690	29800	0,18
80 Berlin (Ost)	492670	29257	12836	4353	46446	446224	0,09
Neue Bundeslaender	6082370	401880	417383	67228	886491	5195879	0,15

Weiterhin sind hiervon fast 10 000 Arbeitnehmer mit besonderen Zuschüssen in Beschäftigung vermittelt:

- 3706 AN mit Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose
- 1107 AN mit Lohnkostenzuschüssen für ältere Arbeitnehmer
- 3709 mit Einarbeitungszuschüssen
- 342 AN mit Eingliederungshilfen für Schwerbehinderte

Anzahl der ABM-Beschäftigten, Kurzarbeiter und Teilnehmer an Teilzeit-FuU und Fernunterricht insgesamt 30. 06. 1992

Qualifizierung im Betrieb wäre der Beschäftigungsrückgang noch stärker gewesen als in Teil II unserer Bilanz ausgewiesen. Übersicht 4 listet die Zahl der Arbeitnehmer in diesen Maßnahmen auf. Aus der Spalte 7 wird ersichtlich, daß im Durchschnitt fast jedes siebte Beschäftigungsverhältnis durch diese AFG-Maßnahmen unterstützt wird.

Schon die bisher verfügbaren Arbeitsmarktstatistiken⁴ zeigten, daß sich die Inanspruchnahme und Umsetzung von AFG-Instrumenten in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken recht unterschiedlich entwickelte. Nun wird das Bild etwas schärfer, da man den Umfang der AFG-Maßnahmen an der aktuell gerechneten regionalen Beschäftigung messen kann: Die Regionalkoeffizienten streuen zwischen 8% in Dresden und 23% im Arbeitsamtsbezirk Suhl. Auch die unterschiedlichen Zahlen in den drei Maßnahmengruppen geben einen ersten Hinweis darauf, daß die Instrumente regional sehr ausdifferenziert angesetzt werden. Die relativ niedrigen Anteilswerte von 11% in Schwerin oder in Halle mögen auf den ersten Blick verblüffen. Für vorschnelle Bewertungen ist dies keine Basis: Hier ist nur die Gesamtzahl der Kurzarbeiter angesetzt und nicht das tatsächliche Ausfallvolumen; ABM sind oft Teil größerer Projektfinanzierungen, zum Ausmaß der gekoppelten Entlastungseffekte fehlen die nötigen Informationen zur regionalen Struktur der Maßnahmen; dies gilt auch für die Qualifizierungshilfen. Wir werden noch in diesem Abschnitt auf die Gesamtentlastung zurückkommen.

Übersicht 4 hat gezeigt, daß auch bei der noch bestehenden Beschäftigung ein beträchtlicher Teil durch AFG-Maßnahmen gestützt ist. Der Beschäftigungsabbau wäre ohne diese Maßnahmen sicher noch größer gewesen, er ist fatal genug: Nach unseren Berechnungen ergibt sich ein Rückgang der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) um 25, 3% seit Ende 1990. Übersicht 5 belegt nun eindringlich, daß sich selbst in diesem kurzen Zeitraum das Entwicklungstempo des Arbeitsplatzabbaus in den Regionen sehr unterschiedlich darstellt. Dresden, Chemnitz und Potsdam haben noch mit Abstand die niedrigsten Verlustraten zu verzeichnen (-11 bis -15 Prozent). Viel deutlicher fiel der Arbeitsplatzabbau in Annaberg (minus 35, 8 Prozent!), Neubrandenburg, Stralsund, Stendal, Merseburg, Bautzen oder Pirna aus, um nur einige zu nennen. Während sich also die Verlustraten der einzelnen Bundesländer nicht so wesentlich unterscheiden (Sachsen schneidet mit - 23% noch relativ günstig ab), bestätigt sich auch hier die relativ früh formulierte Befürchtung, daß sich schon in kürzester Zeit krasse Unterschiede zwischen den Regionen herausbilden werden. Das IAB hat auf diese Gefahren und regionalpolitischen Herausforderungen schon im Frühjahr und Herbst '90 hingewiesen; die simple Konvergenzthese hat sich bei detaillierten Regionalanalysen auch im Westen nicht bewährt. Übersicht 6 listet die Rangfolge dieser Arbeitsplatzverluste auf. Das Beispiel Halle mit seinem noch relativ hohen Anteil an Treuhandgestützten Arbeitsplätzen zeigt, daß es dabei immer noch verdeckte Entlassungsrisiken gibt.

Ergänzend sind in Übersicht 7 Komponenten der Unterbeschäftigung für den letzten Stand bei Redaktionsschluß aufgeführt, desgleichen Regional-Ziffern für das Ausmaß der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit. In Übersicht

8 sind die Entlastungseffekte durch AFG-Maßnahmen (einschließlich der Teilnehmer an Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen) der Zahl der inländischen Erwerbstätigen in den Regionen gegenübergestellt.

Dieser Koeffizient belegt eindrucksvoll, in welchem Umfang die Unterstützung für die Arbeitnehmer in Ostdeutschland sowohl bei den noch bestehenden Beschäftigungsverhältnissen wie nach dem Verlust der Arbeit über die Transfers der Bundesanstalt für Arbeit und damit aus

Übersicht 5: Bilanzergebnis: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Regionen Ostdeutschlands (Ende Nov. 1990 bis Mitte 1992) Inlandskonzept

	Errechneter Bestand		Entwicklung in %
	Ende Nov. 1990*)	Erwerbs- tätige Inlands- konzept	
Neue Länder und Berlin (Ost)	001	002	003
Arbeitsamtsbezirke			
Mecklenburg- Vorpommern	1 004 520	699 470	- 30,4
031 Neubrandenburg	259 940	170 310	- 34,5
032 Rostock	290 460	212 880	- 26,7
033 Schwerin	269 270	194 640	- 27,7
034 Stralsund	184 850	121 650	- 34,2
Brandenburg	1 269 950	973 180	- 23,4
035 Cottbus	363 360	261 540	- 28,0
036 Eberswalde	166 170	121 650	- 26,8
037 Frankfurt (Oder)	196 570	152 060	- 22,6
038 Neuruppin	240 920	164 220	- 31,8
039 Potsdam	302 920	261 540	- 13,7
Sachsen-Anhalt	1 470 500	1 094 830	- 25,5
042 Dessau	142 420	103 400	- 27,4
043 Halberstadt	150 050	103 400	- 31,1
044 Halle	261 630	225 050	- 14,0
045 Magdeburg	374 500	291 950	- 22,0
046 Merseburg	211 680	139 900	- 33,9
047 Sangerhausen	122 610	85 150	- 30,6
048 Stendal	129 400	85 150	- 34,2
049 Wittenberg	78 220	54 740	- 30,0
Sachsen	2 414 690	1 855 120	- 23,2
071 Annaberg	180 060	115 570	- 35,8
072 Bautzen	346 390	231 130	- 33,3
073 Chemnitz	290 650	255 460	- 12,1
074 Dresden	349 990	310 200	- 11,4
075 Leipzig	495 170	419 680	- 15,2
076 Oschatz	89 800	60 820	- 32,3
077 Pirna	189 700	127 730	- 32,7
078 Plauen	138 580	97 320	- 29,8
079 Riesa	119 170	85 150	- 28,5
092 Zwickau	213 120	152 060	- 28,7
Thüringen	1 292 600	961 010	- 25,7
093 Erfurt	274 130	231 130	- 15,7
094 Gera	175 350	127 730	- 27,2
095 Gotha	177 880	133 810	- 24,8
096 Jena	197 800	139 900	- 29,3
097 Nordhausen	150 670	103 400	- 31,4
098 Suhl	262 640	188 550	- 28,2
070 Altenburg (Th)	54 130	36 490	- 32,6
80 Berlin (Ost)	686 840	492 670	- 28,3
Neue Bundesländer	8 141 520	6 082 370	- 25,3

* Umgerechnete Ergebnisse der BTE '90 (siehe den betreffenden Textabschnitt in den methodischen Hinweisen)

⁴ Siehe hierzu die IAB-Werkstattberichte, insbesondere Nr. 1.8 vom 15. 08. 1992. Die aktuellen Daten erlauben die Fortschreibung der Ergebnisse bis zum Jahresende 1992, siehe hierzu IAB-Werkstattbericht Nr. 1.12 vom 15. 12. 1992.

Übersicht 6: Rangfolge der regionalen Arbeitsplatzverluste in den neuen Bundesländern (entspricht Übersicht 5, aufsteigend sortiert)

Neue Länder und Berlin (Ost)	Errechneter Bestand		Entwicklung
	Ende Nov. 1990*)	Erwerbstätige Inlands-konzept	in %
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003
071 Annaberg	180 060	115 570	- 35,8
031 Neubrandenburg	259 940	170 310	- 34,5
034 Stralsund	184 850	121 650	- 34,2
048 Stendal	129 400	85 150	- 34,2
046 Merseburg	211 680	139 900	- 33,9
072 Bautzen	346 390	231 130	- 33,3
077 Pirna	189 700	127 730	- 32,7
070 Altenburg (Th)	54 130	36 490	- 32,6
076 Oschatz	89 800	60 820	- 32,3
038 Neuruppin	240 920	164 220	- 31,8
097 Nordhausen	150 670	103 400	- 31,4
043 Halberstadt	150 050	103 400	- 31,1
047 Sangerhausen	122 610	85 150	- 30,6
049 Wittenberg	78 220	54 740	- 30,0
078 Plauen	138 580	97 320	- 29,8
096 Jena	197 800	139 900	- 29,3
092 Zwickau	213 120	152 060	- 28,7
079 Riesa	119 170	85 150	- 28,5
80 Berlin (Ost)	686 840	492 670	- 28,3
098 Suhl	262 640	188 550	- 28,2
035 Cottbus	363 360	261 540	- 28,0
033 Schwerin	269 270	194 640	- 27,7
042 Dessau	142 420	103 400	- 27,4
094 Gera	175 350	127 730	- 27,2
036 Eberswalde	166 170	121 650	- 26,8
032 Rostock	290 460	212 880	- 26,7
095 Gotha	177 880	133 810	- 24,8
037 Frankfurt (Oder)	196 570	152 060	- 22,6
045 Magdeburg	374 500	291 950	- 22,0
093 Erfurt	274 130	231 130	- 15,7
075 Leipzig	495 170	419 680	- 15,2
044 Halle	261 630	225 050	- 14,0
039 Potsdam	302 920	261 540	- 13,7
073 Chemnitz	290 650	255 460	- 12,1
074 Dresden	349 990	310 200	- 11,4

Beitragszahlungen geleistet wird. Dieser Koeffizient liegt z. B. im Arbeitsamt Riesa gegenwärtig bei 37%. In diesem ehemaligen Stahlstandort sind auch die ersten umfangreichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von der Selbstverwaltung gebilligt worden. Der Abriß der veralteten Anlagen (mitten in der Stadt) ist mittlerweile weit gediehen. Mit der Wiederaufbereitung von Schrottstahl und der neuen Produktion von Heizstäben konnte an das vorhandene Fachwissen der Arbeitnehmerschaft angeknüpft werden (übrigens eines der noch zu wenigen Beispiele von Direktinvestitionen aus dem Ausland). Zum Teil ist das unabwiesbare Flächenrecycling schon gelungen und auf den neuen Gewerbeflächen haben sowohl Grundbaustoffproduktion wie Bauzuliefergewerbe einen neuen Markt gefunden. Diese wenigen Sätze werden den vielfältigen Umgestaltungen in Ostdeutschland bei weitem nicht gerecht. Sie mögen trotzdem plakativ für z. T. schon gelungene

Anstrengungen auch an Standorten mit besonders ausgeprägten Strukturproblemen gelten. Hier wie überall ist es die vernünftige Maxime, die Menschen in dringlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge (z. B. in werterhaltenden und wertschaffenden Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung) zu beschäftigen, als im Wartestand sozial abzusichern.

4 Entwicklung und regionale Verteilung der Beschäftigten bei Treuhand-Unternehmen

Nach der letzten Auskunft (bei Redaktionsschluß) aus dem Personalberichts-System der Treuhand waren Ende September noch 727 400 Mitarbeiter in Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung der TH beschäftigt⁵. Etwa 82 Tsd. hiervon von Unternehmen, für die bereits ein Liquidationsverfahren eingeleitet wurde.

Damit ergibt sich folgendes Bild der Beschäftigten-Entwicklung für den Treuhandbereich:⁶

4.08 Mio. Anfang '90
3.5 Mio. Beginn Treuhand
2.9 Mio. Anfang '91
1.4 Mio. Anfang '92
0.7 Mio. Oktober '92
(ca. 400 Tsd. Frühjahr '93 geschätzt)

Aus den Arbeitsplatzzusagen bei der Privatisierung ergäbe sich eine Zahl von bisher ca. 1, 3 Mio. gesicherten Arbeitsplätzen (bei einer Investitions-Zusage von ca. 117 Tsd. DM pro Arbeitsplatz; siehe Übersicht 9). Dabei ist zu beachten, daß es sich hier nur um Zusagen bei Vertragsabschluß handelt und ein Teil dieser Investitionspläne nicht realisiert wird. Diese Unsicherheiten gelten den Verkäufen der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft. Für deren Realisierung muß von Anfang an ein Zeitprofil von 3-5 Jahren vorgegeben werden, bis die geplante Zahl erreicht werden kann. Etwas günstiger ist die Beurteilung bei dem überwiegenden Teil der Unternehmensverkäufe oder bei Teilverkäufen: Die bisherigen Erfahrungen der Treuhand zeigen, daß zum Zeitpunkt der Übernahme 20% mehr Arbeitnehmer beschäftigt sind als in den Vertragszusagen zugesichert. Allerdings zeigen die IAB-Befragungen bei Ex-Treuhand-Betrieben, daß sich dann ein Teil des Arbeitsplatzabbaus auch in diesem Bereich fortsetzt.

Für die Berücksichtigung dieses wichtigen und problematischen Beschäftigungsbereiches bei der hier dargestellten Kontenrechnung ergibt sich damit das folgende grobe Gesamtbild für den Beschäftigungsabbau seit Beginn der Treuhand-Verwaltung (und nach deren Controlling-Informationen): Nur knapp die Hälfte der Arbeitsplätze konnte im Zuge der Privatisierung gesichert werden; jeder vierte Arbeitnehmer wurde arbeitslos, 10% gingen in Rente oder vorgezogenen Ruhestand, 10% konnten an AFG-Maßnahmen teilnehmen; für 5% konnte keine nähere Angabe gemacht werden.

Diese Bewegungen und Veränderungen vom Arbeitsmarkt sind im wesentlichen in den Bilanzrechnungen aufgefangen. Für das Anliegen dieses Berichts kam es darauf an, die gegenwärtig noch bei der Treuhand bestehenden Arbeitsplätze *regional* so aktuell wie möglich zu „verorten“. Dies ist vor allem für die Bestimmung des Gewichts der von Treuhand-Unternehmen formulierten künftigen Beschäftigungserwartungen und -pläne von Bedeutung. Man kann davon ausgehen, daß die Bilanzansätze für Auspendler und neu zugewanderte Erwerbspersonen für diesen Bereich gegenwärtig ohne Belang sind. Dennoch werden in den

⁵ Außerdem noch 15–20 Tsd in Unternehmen, an denen die TH nur eine Minderheitsbeteiligung hält.

⁶ S. hierzu die korrespondierenden Ergebnisse der IAB/Treuhandbefragungen in den Kurzberichten, insbes. Nr. 15 (J. Kühl) vom Juli 1992.

Übersicht 7: Unterbeschäftigungsquoten (Letzter Stand August 1992)

Neue Länder und Berlin (Ost)	Komponenten der Unterbeschäftigung			Auspendler	Erwerbspersonen im Inland	Unterbeschäftigungsquote	Arbeitsplatzdefizit in %
	Arbeitslose	Summe Vollzeit-FuU 1) Vollzeit-äquivalent -Kug 2), Alueg und Vog 3)	Unterbeschäftigung in der Region (ohne Auspendler) 4) Sp1+Sp2	Auspendler (Ostdeutsche in Westdeutschland)	Mitte 1992	Sp.003 in % v. Sp.005	Sp.003 + Sp.004 in % von Sp.005
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005	006	007
Mecklenburg-Vorpommern	161260	164020	325280	46000	860730	37,8	43,1
031 Neubrandenburg	47441	43043	90484	6440	217751	41,6	44,5
032 Rostock	44717	44031	88748	9660	257597	34,5	38,2
033 Schwerin	37967	45961	83928	25300	232607	36,1	47,0
034 Stralsund	31135	31325	62460	5060	152785	40,9	44,2
Brandenburg	181230	213725	394955	70840	1154410	34,2	40,3
035 Cottbus	43325	53554	96879	6900	304865	31,8	34,0
036 Eberswalde	29305	29635	58940	6440	150955	39,0	43,3
037 Frankfurt (Oder)	28452	33878	62330	8740	180512	34,5	39,4
038 Neuruppin	43118	46515	89633	20240	207338	43,2	53,0
039 Potsdam	37030	50545	87575	28060	298570	29,3	38,7
Sachsen-Anhalt	218892	262074	480966	61180	1313722	36,6	41,3
042 Dessau	21480	27833	49313	3680	124880	39,5	42,4
043 Halberstadt	25953	25779	51732	12880	129353	40,0	50,0
044 Halle	32031	40599	72630	6440	257081	28,3	30,8
045 Magdeburg	53942	67471	121413	14260	345892	35,1	39,2
046 Merseburg	31681	41350	73031	5520	171581	42,6	45,8
047 Sangerhausen	22157	24472	46629	4140	107307	43,5	47,3
048 Stendal	19836	20724	40560	11500	104986	38,6	49,6
049 Wittenberg	11812	13435	25247	2300	66552	37,9	41,4
Sachsen	312850	442751	755601	62560	2167970	34,9	37,7
071 Annaberg	30998	35589	66587	5520	146568	45,4	49,2
072 Bautzen	51642	66720	118362	7360	282772	41,9	44,5
073 Chemnitz	32713	54522	87235	7360	288173	30,3	32,8
074 Dresden	31618	51372	82990	6900	341818	24,3	26,3
075 Leipzig	50738	79503	130241	11960	470418	27,7	30,2
076 Oschatz	14542	17575	32117	2300	75362	42,6	45,7
077 Pirna	27467	37100	64567	4140	155197	41,6	44,3
078 Plauen	19886	25425	45311	8280	117206	38,7	45,7
079 Riesa	16660	27171	43831	2760	101810	43,1	45,8
092 Zwickau	36586	48246	84832	5980	188646	45,0	48,1
Thüringen	200160	246988	447148	91540	1161170	38,5	46,4
093 Erfurt	36928	46150	83078	9200	268058	31,0	34,4
094 Gera	23208	34955	58163	10120	150938	38,5	45,2
095 Gotha	30437	33436	63873	13340	164247	38,9	47,0
096 Jena	25271	35339	60610	6900	165171	36,7	40,9
097 Nordhausen	26403	28750	55153	15180	129803	42,5	54,2
098 Suhl	40653	48735	89388	34500	229203	39,0	54,1
070 ALTENBURG (TH)	17260	19202	36462	1840	53750	67,8	71,3
80 Berlin (Ost)	94340	93401	187741	127880	587010	32,0	53,8
Neue Bundesländer	1168732	1422452	2591184	460000	7251102	35,7	42,1

Sp. 005: Arbeitslose + geschätzte Erwerbstätige im Inland (Übersicht 2, Sp. 005)

Übersicht 8: Entlastungsquote (Letzter Stand Ende August 1992)

Neue Länder und Berlin (Ost)	Erwerbstätige Wohnort bereinigt	Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	Sp. 002 in % v. Sp. 001
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003
Mecklenburg-Vorpommern	743 750	207 136	27,9
031 Neubrandenburg	181 090	58 659	32,4
032 Rostock	213 420	57 077	26,7
033 Schwerin	213 420	54 045	25,3
034 Stralsund	135 820	37 695	27,8
Brandenburg	1 060 650	270 196	25,5
035 Cottbus	265 160	68 052	25,7
036 Eberswalde	142 280	40 364	28,4
037 Frankfurt (Oder)	174 620	42 598	24,4
038 Neuruppin	206 960	57 446	27,8
039 Potsdam	271 630	62 138	22,9
Sachsen-Anhalt	1 151 190	352 685	30,6
042 Dessau	109 950	37 970	34,5
043 Halberstadt	122 880	36 025	29,3
044 Halle	206 960	52 894	25,6
045 Magdeburg	291 030	93 028	32,0
046 Merseburg	155 220	50 552	32,6
047 Sangerhausen	103 480	33 546	32,4
048 Stendal	103 480	29 808	28,8
049 Wittenberg	64 670	18 451	28,5
Sachsen	1 914 340	540 826	28,3
071 Annaberg	142 280	47 207	33,2
072 Bautzen	278 100	82 174	29,5
073 Chemnitz	226 360	61 873	27,3
074 Dresden	258 700	56 968	22,0
075 Leipzig	400 980	105 313	26,3
076 Oschatz	71 140	20 546	28,9
077 Pirna	155 220	44 047	28,4
078 Plauen	116 410	33 132	28,5
079 Riesa	97 010	35 929	37,0
092 Zwickau	174 620	54 109	31,0
Thüringen	1 054 180	311 925	29,6
093 Erfurt	219 890	55 175	25,1
094 Gera	129 350	41 377	32,0
095 Gotha	148 750	43 543	29,3
096 Jena	155 220	44 103	28,4
097 Nordhausen	129 350	39 786	30,8
098 Suhl	226 360	64 546	28,5
070 Altenburg (Th)	51 740	22 974	44,4
80 Berlin (Ost)	536 790	121 606	22,7
Neue Bundesländer	6 467 370	1 803 867	27,9

Sp. 001: entspricht Bilanzergebnis in Übersicht 3, Sp. 005

Sp. 002: Summe aller Bestände in ABM, Vollzeit-FuU, Vollzeitäquivalent-KuG sowie VoG und AlüG

Tabellen die *Regionsanteile* der Treuhand-Beschäftigten – um einen allgemeinen Vergleich zu ermöglichen – an den Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept ausgewiesen.

Die Übersicht 10 zeigt das in 1992 reduzierte und regional recht unterschiedliche Gewicht der noch in Treuhandverwaltung stehenden Unternehmen. Immer noch schlagen die Standorte der alten Industriekombinate durch: vor allem in Halle (mit fast 20 Prozent Beschäftigungsgewicht), Cottbus und Merseburg. Der Entwicklungskoeffizient in Übersicht 10, Spalte 3 gibt an, wie sich diese Anteile nach den gemeldeten Beschäftigungsplänen bis Anfang 1994 etwa entwickeln könnten.

Übersicht 9: Privatisierungsstand – Gesamtübersicht

Durch die Treuhandanstalt wurden bis zum 31. 08. 1992 4 181 Unternehmen und 4 928 Unternehmensteile und 229 Bergwerksrechte privatisiert*).

	Privatisierungserlöse Mio. DM*	Arbeitsplatz-zusagen Mitarbeiter*	Investitions-zusagen Mio. DM*
Zentrale	23 810	825 478	118 984
Niederlassungen	10 468	462 867	32 328
Gesamt	34 278	1 288 345	151 312

Darin enthalten sind:

TLG	4 818	147 845	19 512
Landwirtschaft (18 463 ha Nutzfläche)	770	121 920	15 818
Forstwirtschaft (1 568 ha Betriebs- u. Nutzfläche)	79	4 408	2 400

Darüber hinaus wurden durch Vermietung und Verpachtung von 65 220 ha land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche Investitionszusagen in Höhe von 39,0 Mio. DM gegeben.

*) In den hier aufgeführten Werten sind sämtliche Privatisierungsaktivitäten, auch die der Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft enthalten. Privatisierung bedeutet in diesem Zusammenhang die Genehmigung der Verkäufe durch die Treuhandanstalt und spiegelt nicht den Stand der notariell eingegangenen Verträge. Die Investitions- und Beschäftigungszusagen umfassen Privatisierungsverträge für Betriebe und Immobilien, in denen die Investitionen und Beschäftigungszahlen in Aussicht gestellt, sowie mit und ohne Pönale zugesichert worden sind.

5 Sektorale Arbeitsplatzentwicklung in den neuen Bundesländern

Der bisherige und noch drohende Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze wiegt wegen der regionalen Konzentration schwer, aber auch wegen der fehlenden Kompensationsbereiche (z. B. in Mecklenburg-Vorpommern). Besonders gravierende Beispiele hierfür sind, neben der Werftindustrie an der Küste oder den Stahlstandorten

- das Mittelsächsische und Niederlausitzer Kohle- und Energie-Revier, die Energie- und Brennstoffindustrie in Brandenburg, der Uranabbau in Westsachsen/Vogtland und die Kali-Industrie in Thüringen,
- die Chemiezentren im Raum Halle, Merseburg und Bitterfeld/Wolfen (45 Prozent der Chemie-Arbeitsplätze waren in Sachsen-Anhalt),
- die Textilindustrie (70 Prozent der ehemaligen Arbeitsplätze entfielen auf Sachsen),
- alle überdimensionierten landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe – besonders die mit niedrigen Bodenwertzahlen. Der Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft war fast dreimal so hoch wie in den westlichen Bundesländern; in Stralsund und Greifswald waren jeweils mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmer im Bereich der Land- und Fischerei-Wirtschaft beschäftigt. Die notwendige Reform der Agrarstrukturen begründet sich nicht nur aus neuen Konkurrenzbedingungen, sondern auch aus ökologischen Zwängen infolge der Überdüngung und Bodenerosion.

Schon diese knappe Skizze zeigt:

Ein Gutteil der unterschiedlichen Entwicklungsdynamik in den neuen Bundesländern ist auf die „funktionale räumliche Arbeitsteilung“ vor der Wende zurückzuführen. Mit der Abkehr vom zentral gelenkten Wirtschaftssystem und

Übersicht 10: „Regionsanteile und Entwicklung der Beschäftigten bei Treuhand-Unternehmen“

Arbeitsamtsbezirke	Anzahl der TH-MA Ende 09/92 001	TH-Anteil Ende 09/92 002	„Entwicklungs-koeffizient“ 003
31 Neubrandenburg	11 294	6,6	4,9
32 Rostock	27 341	12,8	9,5
33 Schwerin	12 288	6,3	4,9
34 Stralsund	12 173	10,0	8,0
35 Cottbus	65 596	25,1	15,3
36 Eberswalde	11 040	9,1	5,6
37 Frankfurt (Oder)	11 463	7,5	5,7
38 Neuruppin	16 642	10,1	3,6
39 Potsdam	24 926	9,5	7,0
42 Dessau	12 257	11,9	7,8
43 Halberstadt	9 864	9,5	5,8
44 Halle	58 749	26,1	17,5
45 Magdeburg	40 103	13,7	9,2
46 Merseburg	32 677	23,4	15,4
47 Sangerhausen	8 441	9,9	4,9
48 Stendal	5 567	6,5	5,2
49 Wittenberg	6 270	11,5	5,5
70 Altenburg	5 206	14,3	9,3
71 Annaberg	18 033	15,6	8,9
72 Bautzen	20 388	8,8	6,4
73 Chemnitz	31 212	12,2	8,3
74 Dresden	28 729	9,3	6,9
75 Leipzig	49 937	11,9	8,0
76 Oschatz	6 055	10,0	7,3
77 Pirna	18 788	14,7	9,7
78 Plauen	6 708	6,9	4,8
79 Riesa	10 027	11,8	6,1
92 Zwickau	14 194	9,3	6,0
93 Erfurt	20 175	8,7	5,9
94 Gera	12 376	9,7	6,6
95 Gotha	14 748	11,0	6,5
96 Jena	14 581	10,4	6,7
97 Nordhausen	12 423	12,0	8,3
98 Suhl	17 001	9,0	6,0
80 Berlin (Ost)	64 273	13,0	9,5
Neue Bundesländer	736 572	12,1	8,1

Sp. 002 in % von Sp. 005 der Übersicht 2 = Arbeitsplätze „Inland“ Mitte 1992

Sp. 003: Anteil des von TH-Unternehmen für Anfang 1994 erwarteten Personalbestandes (ca. 490 000) in % der regionalen Arbeitsplätze (Mitte 1992)

Quelle: Personalberichtswesen der TH, Stand Ende 09/92

der Öffnung der Märkte zeigten sich strukturelle Probleme in fast allen Wirtschaftszweigen Ostdeutschlands – am stärksten aber in den nahezu „eindimensionalen“ Industrieagglomerationen. Kaum ein Bereich der Grundproduktion oder der industriellen Fertigung erwies sich auf offenen Konkurrenzmärkten als wettbewerbsfähig. Hinzu kamen der Aufwertungseffekt mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sowie die gravierenden Ausfälle vor allem im RGW-Export und der teilweise Wegfall inländischer Liefer- und Produktionsverflechtungen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat sich trotz der umfangreichen Subventionen erst jetzt bei einem noch sehr labilen Niveau von ca. 50% (1989 = 100) eingependelt, in vielen Industrie-bereichen sank die Produktion um 70 bis 80% oder ganz

⁷ „Beschäftigungsperspektiven von Treuhandunternehmen und Ex-Treuhand-Firmen“, Schnellberichte von den beiden Unternehmensbefragungen vom Oktober 1992 (Kooperation von SÖSTRA e. V., Treuhandanstalt und IAB) sowie D. Harhoff u. K. Stahl: Firm Dynamics in Eastern Germany; erste Ergebnisse vorgestellt beim ZEW-Workshop, 4.-5. März 1993 in Mannheim.

auf Null (wie zwischenzeitlich im Straßenfahrzeugbau, bevor die rationalisierte neue Fertigung in Eisenach anlief – ein leider noch zu seltenes Muster; Zwickau und Ludwigsfelde werden folgen).

Das (bei Redaktionsschluß) letzte Ergebnis der Industriestatistik wies für Juli '92 nur noch 906 Tsd Beschäftigte aus. Daraus kann man ablesen, wie schwach die industrielle Basis mittlerweile ist und wie wenig von diesem früher dominanten Sektor am Markt gehalten werden konnte. Seit dem Zusammenbruch der gelenkten Produktionsverflechtung und der Auflösung der Kombinatstrukturen ist jeder zweite Arbeitsplatz weggebrochen. Allerdings erfaßt dieser Berichtskreis die kleinen Betriebe (< 20 Beschäftigte) nicht. Die von uns und anderen (DIW Wochenbericht 39/92, S. 468-489) vermutete Zunahme von Beschäftigungsanteilen in diesem Bereich wird dabei möglicherweise „übersehen“. An dieser Stelle ist unsere Informationsdecke dünn. Aussagen zur „unteren Widerstandslinie“ im Industriesektor müssen vorerst spekulativ bleiben. Erste interne Auswertungen der Beschäftigtenstatistik zeigen, daß sich im Zuge der Privatisierung mittlerweile ähnliche Betriebsgrößenstrukturen wie im Westen herausgebildet haben. Die jüngsten Erhebungen des IAB und Auswertungen der Kreditreform-Dateien belegen, daß Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung bei kleineren und mittleren Betrieben besser als bei den großen, bei Extreuhand-Betrieben besser als bei den (mittlerweile „ausgesiebten“) Treuhandunternehmen verlaufen.⁷

Veraltete Produktionsanlagen finden sich vor allem im Bereich des Schiffbaus, des Bergbaus, der Chemischen Industrie, der Braunkohlegewinnung und -Veredelung sowie in der Stahlindustrie. Im Braunkohlesektor werden nach den neuesten Einschätzungen (u. a. der Treuhand) auf mittlere Frist nur ca. 30 000 Arbeitsplätze erhalten werden, der größere Teil davon in der Lausitz. In all diesen Bereichen ist nicht nur der Verschleißgrad der technischen Anlagen außerordentlich hoch, sondern auch der der Umwelt. Dem entspricht auch die starke gesundheitliche Belastung der dort eingesetzten Arbeitskräfte und die Entwertung ihres Qualifikationspotentials. Auch das ist ein notwendiger Aspekt, wenn man den Wegfall der drei von

Entwicklung im Sektor Bergbau und Energiegewinnung: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach den Ergebnissen des Arbeitsmarkt-Monitors

11/89 bis 11/90	bis 11/91	bis 5/92
-12%	-40%	-50%

In zahlreichen Industriebereichen war die Produktion auf standardisierte Erzeugnisse in Großserien hin ausgerichtet. Dies gilt für weite Bereiche des Maschinenbaus, wo die Anlagen für den Großserienbau kaum durch die Übernahme ausgelagerter Fertigungsaufträge aus dem westlichen Ausland ausgelastet werden können und wo auch eine Sanierung durch eine schlichte Reduzierung der Stückzahlen nicht in Betracht kommt. Dies gilt aber auch vor allem für die Bereiche der Textilindustrie (nicht nur im Produktprofil der Industrietextilien, sondern auch bei der standardisierten Fertigung der Bekleidungs- und Schuhindustrie). Sowohl im Bereich der Metallerzeugung, in der metallverarbeitenden Industrie wie in der Textilindustrie wurde von Experten mit einem Rückgang der ursprünglichen Beschäftigung um 60% gerechnet. Ähnlich wie im Straßenfahr-

zeugbau oder im Waggonbau sind die Unternehmen im Maschinenbau oder in der Textilindustrie fast ausschließlich auf westliche Kooperationspartner angewiesen. Auch weite Bereiche der Elektroindustrie haben trotz enormer Anstrengungen (auch in der staatlichen Investitionslenkung) schon vor der Öffnung der Märkte keine konkurrenzfähigen Marktpositionen erreichen können. Das gilt zum Teil auch für die optische Industrie, wo mit zum Teil erheblichen Kosten im Exportdumping beachtliche Außenhandelsanteile erreicht wurden⁸. Der Arbeitsmarkt-Monitor weist (bis zur 5. Welle) einen Rückgang der Erwerbstätigen von ca. 40% für den industriellen Bereich aus. (Siehe im folgenden Übersicht 11 und 12).

Entwicklung in den Bereichen der Metall-/Elektrobranchen und im übrigen Verarbeitenden Gewerbe (ohne Bau): Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach den Ergebnissen des Arbeits-

	11/89 bis 11/90	bis 11/91	bis 5/92
Metall-/Elektro	- 6%	-31%	-40%
übr. Verarb. Gewerbe	-13%	-36%	-40%

⁸ Siehe u. a. Sanierungs-Konzept für Zeiss/Jena des Stanford Research Institute sowie die gemeinsame Erhebung des Kieler Institutes und des DIW vom Sommer '91, Kieler Diskussionsbeiträge 168 und 169.

Die erheblichen Strukturprobleme im Bereich der landwirtschaftlichen Produktion und der Düngemittelfabrikation werden auf Dauer zu einem Beschäftigungsrückgang von über 60% (im Vergleich zu '89) führen. Da in vielen Bereichen die Tradition bäuerlicher Selbständigkeit nur in geringem Umfang wieder aufgenommen werden kann und wegen der unterschiedlichen strukturellen Ausgangsbedingungen, werden sich auch hier die künftigen Wettbewerbschancen in den einzelnen Regionen recht unterschiedlich darstellen: Trotz des auch hier erwartbaren Beschäftigungsabbaus dürften sich die künftigen Wettbewerbschancen auf den schweren Böden Mecklenburgs und der Börde (bei teilweise schon günstigeren Betriebsstrukturen) vergleichsweise besser entwickeln lassen. Der Arbeitsmarkt-Monitor und unsere Schätzung ergaben, daß mittlerweile nur noch jeder Dritte in der Landwirtschaft tätig ist. Der Rückgang war in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt stärker als in Mecklenburg-Vorpommern.

Entwicklung im Sektor Landwirtschaft: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach den Ergebnissen des Arbeitsmarkt-

11/89 bis 11/90	bis 11/91	bis 5/92
-24%	-56%	-65%

Übersicht 11: Geschätzte Sektorstruktur der Beschäftigten in den neuen Bundesländern. Erwerbstätige insgesamt nach Monitor

Neue Länder und Ostteil Berlins	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin (Ost)	Neue Bundesländer
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005	006	007
Landwirtschaft	77 080	51 120	59 500	36 550	69 670	1 760	294 410
Bergbau, Energiegewinnung	12 370	41 430	42 370	25 850	85 680	8 810	216 940
Bauwirtschaft	77 080	139 270	122 600	98 950	197 720	39 670	675 410
Metall-/Elektrobranche	87 540	127 810	137 930	150 660	287 170	73 160	862 270
übriges verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau)	51 380	64 350	135 220	123 910	238 210	32 610	644 420
Handel	87 540	78 450	98 260	115 000	200 550	68 750	647 160
Verkehr, Bahn, Post	55 190	89 030	105 470	63 290	136 520	48 480	498 590
Banken, Versicherungen	12 370	24 680	27 950	29 420	46 140	17 630	158 600
andere Dienstleistungen	245 500	289 110	304 700	260 310	487 720	196 560	1 783 790
keine Angaben	38 060	57 290	48 680	49 030	87 560	20 270	300 790
Insgesamt	745 070	962 530	1 082 670	954 750	1 836 000	507 710	6 082 370

Abhängig Beschäftigte (Schätzung)

Bundesland (Arbeitsort)	11 Berlin	12 Brandenburg	13 Mecklenburg-Vorpommern	14 Sachsen	15 Sachsen-Anhalt	16 Thüringen	Neue Bundesländer
	001	002	003	004	005	006	007
(00-03) Land- und Forstwirtschaft	1 900	55 300	48 500	54 100	48 700	41 400	256 300
(04-08) Energiewirtschaft, Bergbau	8 100	61 200	13 100	67 900	31 600	24 400	206 300
(09-58) Verarbeitendes Gewerbe	74 800	168 600	102 100	457 900	244 600	238 800	1 286 900
(59-61) Baugewerbe	38 800	98 400	72 400	182 700	114 000	95 700	601 900
(62) Handel	50 900	76 600	64 500	173 900	96 500	81 300	543 700
(63-68) Verkehr u. Nachrichtenüberm.	53 600	71 700	61 000	116 700	82 300	54 500	439 700
(69) Kreditinst. u. Versicherungsgew.	13 100	14 300	10 300	31 400	16 800	13 600	99 600
(70-86) Sonst. Dienstleistungen	128 400	161 100	146 200	331 700	176 900	172 200	1 116 500
(87-90) Organisat. o. E., P. Haushalte	14 400	19 800	19 300	46 000	21 900	25 900	147 200
(91-94) Gebietskörp., Sozialvers.	68 900	184 000	121 700	281 600	193 600	156 200	1 006 000
(95-99) sonstige	10 300	8 600	3 000	6 600	4 100	1 900	34 400
Summe	463 300	919 600	661 900	1 750 500	1 031 000	905 900	5 738 700

Übersicht 12: Geschätzte Veränderung gegenüber 1990 in %

Neue Länder und Ostteil Berlins	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen	Berlin (Ost)	Neue Bundesländer
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003	004	005	006	007
Landwirtschaft	- 45,3	- 62,3	- 52,2	- 59,4	- 45,7	- 65,8	- 52,9
Bergbau, Energiegewinnung	- 32,5	- 45,1	- 25,3	- 51,4	- 13,3	- 30,5	- 31,2
Verarbeitendes Gewerbe	- 27,6	- 40,8	- 43,1	- 42,4	- 41,1	- 30,1	- 40,1
Bauwirtschaft	1,9	33,6	16,4	14,0	21,2	- 12,3	16,4
Handel	- 11,3	- 16,0	- 20,7	11,2	7,9	- 1,7	- 4,1
Verkehr, Bahn, Post	- 36,3	- 1,1	1,9	- 10,0	- 5,6	- 37,1	- 12,9
Banken, Versicherungen	23,3	116,6	136,7	122,5	81,2	87,4	95,0
andere Dienstleistungen	- 22,8	- 18,8	- 17,7	- 17,4	- 21,2	- 26,8	- 20,6
Insgesamt	- 20,7	- 19,1	- 21,3	- 21,0	- 18,7	- 20,6	- 20,1

Zu den methodischen Problemen der BTE siehe H. Rudolph, Werkstattbericht Nr. 16 vom 28. 08. 1992 und Anhang 1

Andererseits haben aber Unternehmen, die sich bereits vor der Öffnung der Grenzen auf westliche Absatzmärkte spezialisieren konnten, gute Überlebenschancen, wenn sie ihre Produktivität mit Hilfe von Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen deutlich verbessern können. Dies gilt für Teilbereiche des Spezialmaschinen- und Anlagenbaus sowie im Bereich der Optoelektronik. Das gilt insbesondere auch für die z. T. boomende Bauwirtschaft oder für Teile der Grundstoffproduktion im Bereich Steine/Erden und für die Bereiche der Telekomindustrie oder den Stahlbau.

Entwicklung im Sektor Bauwirtschaft: Veränderung der Erwerbs-

11/89 bis 11/90	bis 11/91	bis 5/92
1%	15%	3%

Zwar haben in der ersten Zeit nach dem Umbruch auch konsumnahe Bereiche oder Dienstleistungsbranchen erhebliche Beschäftigungseinbußen hinnehmen müssen, dennoch wird sich hier die Entwicklung im Vergleich zur Industrie insgesamt wesentlich günstiger darstellen.

Entwicklung in ausgewählten Dienstleistungsbereichen: Veränderung der Erwerbstätigenzahlen nach den Ergebnissen des Arbeits-

	11/89 bis 11/90	bis 11/91	bis 5/92
Handel	- 6%	- 13%	- 26%
Verkehr, Bahn, Post	4%	- 4%	- 6%
Banken, Versicherungen	47%	130%	127%

Schon auf kurze Frist war in vielen Dienstleistungssektoren eine erhebliche Beschäftigungsausweitung zu erwarten. Das zeigt sich an den Zuwachsraten im Bereich der Banken und Versicherungen, im Bereich der Tätigkeit der freien Berufe, im Handwerk und zum Teil schon im Handel. Allerdings hat der Handel seit der Wende jeden vierten Arbeitsplatz verloren. Die Umstrukturierung läuft immer noch: Wenn man den relativ hohen Pendleranteil berücksichtigt, so dürften auch im letzten Halbjahr noch Arbeits-

plätze abgebaut worden sein. Der Banken- und Versicherungsbereich hat seine Beschäftigtenzahl mehr als verdoppelt. Wachstumschancen sind aber nicht nur in all den Bereichen auf Dauer zu sehen, wo die bisherige Versorgungsstruktur, wie im Dienstleistungsbereich, defizitär war. Wachstumschancen werden auch Unternehmen haben, die auf regional begrenzten Märkten operieren können, wie Handwerks- und Reparaturbetriebe, Druckereien und Zweige der Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Trotz der immer noch laufenden Umstrukturierung der Beschäftigung werden diese positiven Effekte schon sehr deutlich in den Entwicklungsraten aus dem Arbeitsmarkt-Monitor von IAB und Infratest oder in den optimistischen Angaben der gemeinsamen Erhebung vom Institut für Wirtschaftsforschung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

An dieser Stelle muß auch noch auf bestehende Unscharfen im Monitor durch die von den Befragten selbst vorgenommene Zuordnung zu ihrem Wirtschaftszweig hingewiesen werden. Vergleiche mit den Wirtschaftszweigen der amtlichen Statistik sind sicher nur mit Einschränkungen möglich.

Gestützt auf vorläufige Testauswertungen der Beschäftigtenstatistik und die Grobstrukturen der bisherigen Monitoregebnisse (einschl. „Welle 5“) ergeben sich nach dem hier geführten Rechenansatz die in den Übersichten 11 und 12 wiedergegebenen Schätzungen für die Sektorentwicklung seit Ende 1990 in den neuen Bundesländern.

6 Regionalstrukturen von Wanderungen und Pendlern

Der Fall der Mauer war nicht nur Ergebnis der Volksbewegung. Ihm gingen erhebliche Fluchtbewegungen voraus und er war auch von erheblichen Wanderungsbewegungen begleitet. Die Aussicht auf bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen führte insgesamt zu einer Abwanderung von über 1 Million Personen, 700. 000 davon im erwerbsfähigen Alter. Die Übersichten 13 bis 15 zeigen die Regionalverteilung von Abwanderern und Pendlern, die sich aus unseren Analysen ergeben haben.

Die Bilder von den Anfängen der Massenflucht, von Menschen, die hastig Botschaftszäune überkletterten, und, getrieben von Angst und Hoffnung, in überfüllten Zügen, einer Ungewissen Zukunft entgegenstrebten, sind Teil der deutschen Geschichte. Diese Abwanderungen halten, dies wird gelegentlich übersehen, bis heute an, auch wenn ihre Intensität spürbar nachgelassen hat⁹.

⁹ Die Zielregionen der Abwanderungen und Auspendler in Westdeutschland sowie die arbeitsmarktpolitischen Implikationen dieser Bewegungen wurden erst jüngst in einer IAB-Analyse dargestellt. Siehe F. Dietz, H. Gommlich, W. Karr: Ostdeutsche Arbeitnehmer in Westdeutschland. In: MittAB 4/92

Übersicht 13: Abwanderungsverluste Ostdeutschlands seit 1989 bzw. seit November 1990; insgesamt, 15-60jährige, 15-55jährige und Erwerbspersonen; hochgerechnete ZER-Daten (kompatibel mit IAB-Bilanz)

Herkunfts- bzw. Zielregion	Abwanderungen aus Ostdeutschland				
	seit 1989	seit Ende November 1990			darunter
	insgesamt	15 - 60 Jahre	15 - 55 Jahre	insgesamt	Erwerbs- personen*
AA - Bezirke (Ost)	001	002	003	004	005
MECKLENBURG-VORPOMMERN	121380	35410	35020	46510	32560
031 NEUBRANDENBURG	30390	8720	8640	11460	8020
032 ROSTOCK	34480	10610	10470	13920	9740
033 SCHWERIN	33440	8820	8720	11590	8110
034 STRALSUND	23080	7270	7200	9540	6680
BRANDENBURG	155550	34930	34360	45880	32120
035 COTTBUS	39580	10030	9890	13170	9220
036 EBERSWALDE	21110	5280	5220	6930	4850
037 FRANKFURT (ODER)	22240	6070	5950	7960	5570
038 NEURUPPIN	33670	6500	6380	8540	5930
039 POTSDAM	38950	7060	6930	9280	6500
SACHSEN-ANHALT	208490	49990	49220	65680	45970
042 DESSAU	18800	4630	4560	6080	4260
043 HALBERSTADT	20810	5900	5810	7760	5430
044 HALLE	51800	10520	10340	13820	9680
045 MAGDEBURG	46170	11110	10940	14610	10220
046 MERSEBURG	23220	5780	5700	7600	5320
047 SANGERHAUSEN	16390	4070	4000	5330	3730
048 STENDAL	19140	5270	5190	6910	4840
049 WITTENBERG	12260	2720	2690	3580	2500
SACHSEN	337970	77380	76320	101650	71160
071 ANNABERG	21670	5720	5670	7510	5270
072 BAUTZEN	48110	12930	12780	16980	11890
073 CHEMNITZ	36020	9080	8950	11925	8350
074 DRESDEN	60960	9180	9060	12070	8440
075 LEIPZIG	71890	17660	17330	23210	16240
076 OSCHATZ	10790	2830	2870	3790	2650
077 PIRNA	29860	6610	6540	8680	6080
078 PLAUEN	17000	3370	3310	4430	3100
079 RIESA	18440	4360	4310	5720	4010
092 ZWICKAU	23240	5600	5520	7360	5150
THUERINGEN	181860	40820	40370	53630	37540
093 ERFURT	35600	7990	7900	10500	7350
094 GERA	25630	5700	5620	7490	5250
095 GOTHA	24070	5390	5330	7080	4960
096 JENA	33740	6070	6010	7980	5580
097 NORDHAUSEN	21610	5290	5230	6950	4870
098 SUHL	32370	8220	8150	10800	7560
070 ALTENBURG (TH)	8850	2160	2140	2840	1990
Berlin (Ostteil)	69620	1220	1190	1600	1120
Neue Bundeslaender	1075000	239770	236520	315010	220500

*) ergibt sich aus Spalte 4 * 0,7 bei einer angenommenen Erwerbsquote von 70%

Übersicht 14: Abwanderungskoeffizienten

Beitrittsländer	Wohnbevölkerung 31. 12. 89	Abwanderung 1989 – Mitte 1992	Sp. 002 in % von Sp. 001
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003
Mecklenburg-Vorpommern	1 963 909	121 380	6,2
031 Neubrandenburg	505 820	30 390	6,0
032 Rostock	538 214	34 480	6,4
033 Schwerin	547 003	33 440	6,1
034 Stralsund	372 872	23 080	6,2
Brandenburg	2 641 152	155 550	5,9
035 Cottbus	671 957	39 580	5,9
036 Eberswalde	355 183	21 110	5,9
037 Frankfurt (Oder)	429 573	22 240	5,2
038 Neuruppin	539 789	33 670	6,2
039 Potsdam	644 650	38 950	6,0
Sachsen-Anhalt	2 964 971	208 490	7,0
042 Dessau	289 941	18 800	6,5
043 Halberstadt	323 295	20 810	6,4
044 Halle	513 878	51 800	10,1
045 Magdeburg	727 281	46 170	6,3
046 Merseburg	402 613	23 220	5,8
047 Sangerhausen	267 685	16 300	6,1
048 Stendal	276 334	19 140	6,9
049 Wittenberg	163 944	12 260	7,5
Sachsen	4 900 675	337 970	6,9
071 Annaberg	373 584	21 670	5,8
072 Bautzen	743 715	48 110	6,5
073 Chemnitz	565 899	36 020	6,4
074 Dresden	605 238	60 960	10,1
075 Leipzig	1 003 562	71 890	7,1
076 Oschatz	196 181	10 790	5,5
077 Pirna	397 845	29 860	7,5
078 Plauen	292 659	17 000	5,8
079 Riesa	252 047	18 440	7,3
092 Zwickau	469 945	23 240	4,9
Thüringen	2 683 877	181 860	6,8
093 Erfurt	549 654	35 600	6,5
094 Gera	343 694	25 630	7,5
095 Gotha	392 616	24 070	6,1
096 Jena	384 385	33 740	8,8
097 Nordhausen	334 901	21 610	6,5
098 Suhl	545 271	32 370	5,9
070 Altenburg (Th)	133 356	8 850	6,6
80 Berlin (Ost)	1 279 212	69 620	5,4
Neue Bundesländer	16 433 796	1 075 000	6,5

Den ersten beiden Wellen von Übersiedlern folgte schließlich ein wachsender Strom von Auspendlern. Ihre geschätzte Zahl kletterte zwischenzeitlich (nach den Ergebnissen des Arbeitsmarkt-Monitors) auf über fünfhundert Tausend. Nach der letzten Erhebung vom Mai '92 ging ihre Zahl auf etwa 460 Tsd. zurück; so steht diese Größe auch in unserem Schätzansatz für die Regionalbilanzen. Man darf vermuten, daß zu einem Teil dem Pendeln die endgültige Übersiedlung folgt.

Für Wanderungen gilt, daß sie sowohl *Zeichen* wie *Ursache* unterschiedlicher Lebensbedingungen, bzw. von regionaler Wirtschaftsschwäche sind. Es war deshalb auch zu erwarten, daß die stärksten Abwanderungsverluste in den alten Industriestandorten zu verzeichnen sind. Wer die Chance hatte, flüchtete auch vor dem Zusammenbruch schon aus den Regionen mit Schwefel- und staubbelasteter Luft und verseuchten Böden.

Auf kurze und mittlere Frist werden durch die Abwanderungen die regionalen Arbeitsmarktbilanzen entlastet. Auf lange Sicht ist der Verlust an Jungen und Qualifizierten als nachhaltige Schwächung des Entwicklungspotentials zu werten.

Die Analyse zur regionalen Herkunft der Ost/West-Pendler zeigt, daß auch dieser Strom von dem relativen Ausmaß des Arbeitsplatzdefizits am Heimatort getrieben wird. Dieser Effekt wird von der geographischen Lage, von der Nähe zur ehemaligen innerdeutschen Grenze, also von Pendel- bzw. Wegzeiten überlagert. Welche Pendlerstrapsen in Kauf genommen werden, zeigt das Extrembeispiel von Pendlern, die Woche für Woche nach Lörrach pendeln.

Übersicht 15: Regionale Pendlerquote – Ost-West-Pendler in % aller Erwerbstätigen in Ostdeutschland (Inländerkonzept)

Neue Länder und Berlin (Ost)	Erwerbstätige Inländer Üb. 3, Sp. 005	Auspendler (Ostdeutsche in West- deutschland)	Sp. 002 in % von Sp. 001
Arbeitsamtsbezirke	001	002	003
Mecklenburg-Vorpommern	743 750	46 000	6,2
031 Neubrandenburg	181 090	6 440	3,6
032 Rostock	213 420	9 660	4,5
033 Schwerin	213 420	25 300	11,9
034 Stralsund	135 820	5 060	3,7
Brandenburg	1 060 650	70 840	6,7
035 Cottbus	265 160	6 900	2,6
036 Eberswalde	142 280	6 440	4,5
037 Frankfurt (Oder)	174 620	8 740	5,0
038 Neuruppin	206 960	20 240	9,8
039 Potsdam	271 630	28 060	10,3
Sachsen-Anhalt	1 151 190	61 180	5,3
042 Dessau	109 950	3 680	3,3
043 Halberstadt	122 880	12 880	10,5
044 Halle	206 960	6 440	3,1
045 Magdeburg	291 030	14 260	4,9
046 Merseburg	155 220	5 520	3,6
047 Sangerhausen	103 480	4 140	4,0
048 Stendal	103 480	11 500	11,1
049 Wittenberg	64 670	2 300	3,6
Sachsen	1 914 340	62 560	3,3
071 Annaberg	142 280	5 520	3,9
072 Bautzen	278 100	7 360	2,6
073 Chemnitz	226 360	7 360	3,3
074 Dresden	258 700	6 900	2,7
075 Leipzig	400 980	11 960	3,0
076 Oschatz	71 140	2 300	3,2
077 Pirna	155 220	4 140	2,7
078 Plauen	116 410	8 280	7,1
079 Riesa	97 010	2 760	2,8
092 Zwickau	174 620	5 980	3,4
Thüringen	1 054 180	91 540	8,7
093 Erfurt	219 890	9 200	4,2
094 Gera	129 350	10 120	7,8
095 Gotha	148 750	13 340	9,0
096 Jena	155 220	6 900	4,4
097 Nordhausen	129 350	15 180	11,7
098 Suhl	226 360	34 500	15,2
070 Altenburg (Th)	51 740	1 840	3,6
80 Berlin (Ost)	536 790	127 880	23,8
Neue Bundesländer	6 467 370	460 000	7,1

7 Folgerungen für die regionale Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Die Vereinigung Deutschlands stellt die regionale Strukturpolitik und Arbeitsmarktpolitik vor neue Herausforderungen. Produktions- und Arbeitsplatzverluste insgesamt (einschl. der noch zu erwartenden Entlassungen) sind so einschneidend, daß das Gebiet der ehemaligen DDR auf Jahre hinaus im wesentlichen Ziel 1-Gebiet der Förderung im Rahmen der europäischen Strukturfonds sein muß. Gleichwohl hat die Kommission mittlerweile zum Ausdruck gebracht, daß ab 1994 auch die Teilregionen Ostdeutschlands in die allgemeine Überprüfung der Förderungsbedürftigkeit einbezogen werden sollten¹⁰.

In den zweieinhalb Jahren seit dem Fall der Mauer und der ökonomischen „Schutz“-Zäune haben alle Regionen einen rapiden Rückgang der Beschäftigung hinnehmen müssen. Im Aufbauszenario werden sich regionale Schwerpunkte der Investitionsdynamik herausbilden; ein Teil der neuen Arbeitsplatzstrukturen wird über modernste Technologie verfügen und die Wettbewerbsvorteile neuer Standorte bestimmen. Eine Entwicklung wie im Mezzogiorno, wie gelegentlich befürchtet, wird es nicht geben.

Die strukturellen Folgen der jahrzehntelangen Teilung sind noch keineswegs überwunden. Der Wegfall und die Öffnung der Grenzen brachte neue Chancen und Optionen, aber auch zusätzliche Belastungen und Risiken. Die ehemaligen Grenzregionen können und werden ihre Brückenfunktion zu alten Nachbarn wirtschaftlich und kulturell nutzen. Dies gilt insbesondere für die Regionen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze (einschließlich Berlin). Das gilt aber auch für wichtige Zentren wie Leipzig und Dresden, die als mögliche Wachstumspole wichtige Pfeiler dieser neu zu gestaltenden wirtschaftlichen Verflechtungen sein können. Es ist aber zu befürchten, daß die Anrainerregionen zu Polen und zur Tschechoslowakei wegen der wirtschaftlichen Schwäche der Nachbarstaaten und der zum Teil äußert problematischen Branchenstruktur geringere Wachstumschancen haben werden. Den EUREGIO-Programnteilen muß deshalb eine bedeutende Rolle zugemessen werden.

Besonderes Augenmerk verdienen im Strukturwandel jene Regionen, wo Standortnachteile kumulieren, größere Stilllegungen und geringere Wachstumschancen zusammentreffen. Absolute Vorranggebiete der regionalen Struktur- und Arbeitsmarktpolitik auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind die Regionen, die einerseits durch überdurchschnittliche Entlassungen und verheerende Arbeitsplatzprobleme, andererseits durch den extremen Verschleißgrad von Produktionsanlagen, Umwelt und menschlichem Arbeitsvermögen gezeichnet sind. Hier häufen sich negative Standortfaktoren, weil

- zu den Arbeitsplatzverlusten in den zumeist monostrukturierten Altindustrieregionen,
- und den damit verbundenen Einkommens- und Kaufkraftverlusten,

- auch die höheren Kosten bei Abriß, Sanierung und Flächenrecycling.
- die geringere Attraktivität bei Neuansiedelung und Verlagerung,
- außerdem auch noch die gesundheitlichen Einschränkungen und zum Teil einseitigen Qualifikationsstrukturen der Arbeitnehmer hinzukommen.

In diesen ehemaligen Zentren der altindustriellen Produktion ist die Gefahr eines hohen Sockels an Langfristarbeitslosigkeit und dauerhafter Strukturschwäche besonders ausgeprägt. Hier werden die Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (insbesondere bei Sanierung, im Umweltschutz und bei wirtschaftsnaher Infrastruktur) verstärkt anzusetzen sein.

Diese Maßnahmen bedürfen aber vor allem in diesen Regionen einer Flankierung durch verstärkte Maßnahmen der Strukturpolitik. Schließlich sollen die aus AFG-Mitteln finanzierten Vorleistungen an Qualifikation und Infrastrukturinvestitionen die notwendigen Voraussetzungen für die erforderlichen privatwirtschaftlichen Investitionen schaffen. Nach langer Anlaufzeit liegen jetzt wenigstens die ersten Investitionspläne westdeutscher Großunternehmen für die Problembereiche Chemie (Halle) und Kohlenenergie (Mittelsachsen und Lausitz) vor.

Der Regional- und Strukturpolitik kommt dabei die Aufgabe zu, das Wachstumsgefälle zwischen der bisherigen Bundesrepublik und der ehemaligen DDR insgesamt und innerhalb der neuen Länder abzubauen. Die Gebiete der ehemaligen DDR sind seit Oktober '90 in die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) integriert. Dabei erweist sich das Konzept der Regionalförderung als tragfähige „Erfindung“ zur Sicherung und Erweiterung des Arbeitsplatzangebots in besonders förderwürdigen Regionen: im Hinblick auf die Rolle der Länder und das System der Mischfinanzierung sowie bei der Integration von betrieblicher Neuansiedlung, Rationalisierung, Umweltschutz, Infrastrukturaufgaben und nicht zuletzt im Hinblick auf die Verzahnung mit den investiven AFG-Instrumenten¹¹.

Die Übersicht 16 zeigt, wie groß das Gewicht und der Beitrag der GA bei der Investitions- und Arbeitsplatzförderung in den neuen Ländern ist.

Die Verpflichtung zum koordinierten Einsatz von struktur- und arbeitsmarktpolitischen Programmen war in den entsprechenden gesetzlichen Regelungen immer schon festgeschrieben (z. B. in der GA oder den Strukturfonds-Verordnungen). Zur Bewältigung der anstehenden Struktur- und Finanzierungsprobleme ist dies mehr denn je erforderlich. Die Maßnahmen nach dem AFG sind zwar nur subsidär; ihr Umfang, ihre neue Gestaltung und Mittelausstattung können jedoch schlüssige Gesamtfinanzierungskonzepte für die notwendigen investiven Aufgaben wesentlich erleichtern. Die zusätzliche Darlehensgewährung und Finanzierung der Sachkosten im Rahmen von ABM und Qualifizierungsmaßnahmen können den Charakter einer „Sprengsatzfinanzierung“ bei der Schließung der bestehenden Liquiditätslücken (z. B. bei den Kommunen) annehmen, wobei eine Verzahnung mit den Mitteln der regionalen Strukturpolitik, wo immer dies möglich ist, angestrebt werden sollte.

In den zahlreichen Programmhaushalten stehen umfangreiche Fördermittel bereit. Dennoch sind es knappe Mittel, die nur zur Anschubfinanzierung reichen und im Wettbe-

¹⁰ Das IAB wird hierzu im Auftrag des Unterausschusses der Gemeinschaftsaufgabe geeignete Indikatoren bereitstellen. Dabei soll grundsätzlich die Vergleichbarkeit mit westdeutschen Prüfkriterien angestrebt werden.

¹¹ Siehe hierzu den IAB-Werkstattbericht Nr. 16 vom 28. 08. 1992, in dem die „Brückenfunktion“ der Arbeitsmarktpolitik betont wird sowie F. Buttler u. W. Klauder: Wie weit reicht die Brückenfunktion der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland? In: MatAB 1/93.

Übersicht 16: Zur Investitionsförderung: „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Finanzierungstabelleau im ersten Jahr nach der Vereinigung*)

Land	Gewerbliche Wirtschaft				Infrastruktur	
	Investitions- volumen in Mio. DM	Zusätzliche Arbeits- plätze	Gesicherte Arbeits- plätze	Bewilligte GA-Mittel in Mio. DM	Investitions- volumen in Mio. DM	Bewilligte GA-Mittel in Mio. DM
Mecklenburg-Vorpommern	2 711,9	7 895	22 070	509,2	897,5	584,4
Brandenburg	7 751,6	23 966	18 330	1 536,9	754,0	542,7
Berlin (Ostteil)	1 311,0	6 337	18 484	368,5	51,9	38,8
Sachsen-Anhalt	8 408,7	26 484	37 553	1 515,5	1 059,5	783,0
Thüringen	5 568,8	40 331	5 132	1 130,2	1 134,0	636,6
Sachsen	5 473,5	28 672	33 645	945,2	1 058,2	763,5
Insgesamt	32 225,5	133 775	135 214	6 005,5	4 955,1	3 349,0

*) Zeitraum: 3. 10. 1990 – 31. 12. 1991

Quelle: 22. Rahmenplan der GA. S. 29 (in Vorbereitung)

werb der jeweils bestkalkulierten regionalen Investitionspläne stehen.

Die zum Teil verwirrende Programm-Vielfalt, die fehlende gegenseitige Deckungsfähigkeit der Mittelansätze sind kontraproduktiv. Die Einbindung in transparente und kontrollierbare „Programmbudgets“¹² und eine weitere Ausgestaltung dieser Haushalte sind unerlässlich. Auch hier bietet die Gemeinschaftsaufgabe eine ideale Basis; das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ war ein brauchbares, wenn auch zu klein geratenes Muster.

Hier ist aber auch die Kreativität der Maßnahmeträger (z. B. Kommunen, Zweckverbände, Entwicklungsgesellschaften, Bezirke und Länder) mehr als bisher gefordert. Ebenso das regionalwirtschaftliche Nutzen/Kosten-Kalkül bei der Gestaltung „werterhaltender und wertschaffender Arbeit“. Für die Vielgestaltigkeit der Aufgaben sei hier auf die Umweltschutzmaßnahmen in Wölfen, auf die Dekontaminierung bei der Chemie AG in Halle-Bitterfeld, die Grundwassersicherung in den Kohle- und Bleirevierern, die Maßnahmen beim Denkmalschutz oder beim Bau von Kurkliniken z. B. in Masserberg verwiesen. Diese Beispiele zeigen einerseits die Erfordernisse an Fachwissen und Planungskompetenz, andererseits ist damit klar, daß die eigentlichen Aufgabenträger nur im Übergang („Brückenfunktion“) entlastet werden können. Die zusätzliche Bereitstellung von ABM-Mitteln scheint unabweisbar, solange die „Brücke“ noch nicht weiter trägt. Die neuen Regelungen im Bereich des AFG und des Finanzausgleichs befördern eine bessere Aufgaben- und Kostenteilung.

Die Erfahrungen mit den von Strukturkrisen gebeutelten Regionen Westeuropas lehren uns, frühzeitig die Hilfen konzentrierter in den besonderen Problembereichen einzusetzen, damit nicht weitere vergessene, im Stich gelassene und dann verlassene Regionen mitten in Europa entstehen.

Anhang: Methodische Hinweise zu den hier vorgelegten Bilanzrechnungen

Ausgangsbasis für die Fortschreibung

Regionale Beschäftigungsanalysen für die neuen Bundesländer leiden immer noch unter dem Mangel an aktuellen Statistiken. Die Beschäftigtenstatistik wird nicht vor Ende 1992 verlässliche Ergebnisse bringen. Die Ergebnisse aus dem Arbeitsmarkt-Monitor liegen bis Mai 1992 vor, sind aber regional nicht genügend zu differenzieren. Die Erwerbstätigenschätzung des Statistischen Bundesamtes wird nun aggregiert für die neuen Bundesländer durchgeführt. Andererseits liegen aus den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit Arbeitslosen- und Maßnahmestatistiken vor, die die regionale Arbeitsmarktentwicklung beschreiben. Um zu einem Bild von der gegenwärtigen Beschäftigungssituation einzelner Regionen zu kommen und um zu untersuchen, wie weit der erwartete Beschäftigungsabbau fortgeschritten ist, wird hier eine Fortschreibung der Erwerbstätigkeit nach Arbeitsamtsbezirken mit den verfügbaren BA-Statistiken auf der Basis der Erwerbstätigenzahl des Statistischen Bundesamtes mit den Strukturen der Berufstätigenerhebung vom November 1990 vorgenommen.

Die Berufstätigenerhebung 1990 (BTE 90) ist zur Zeit die einzige Totalerhebung zur Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern und liefert die Erwerbstätigen gegliedert nach Stellung im Beruf und in wirtschaftsfachlicher und regionaler Gliederung. Aufgrund der Umbruchsituation nach der Vereinigung ist davon auszugehen, daß die Erhebung mit einer gewissen Untererfassung belastet ist, da die Statistischen Ämter die Neugründung und Auflösung von beitragspflichtigen Betrieben nicht vollständig erfassen konnten. Für November 1990 wurden 7, 613 Mio. Erwerbstätige lt. BTE 90 ausgewiesen. Als Eckzahl wurde die Zahl von 8, 142 Mio. Erwerbstätige für November 1990 (Inlands-konzept) aus der Erwerbstätigenschätzung des Statistischen Bundesamtes für diese Fortschreibung zugrundegelegt, die in 10 Wirtschaftsabteilungen untergliedert ist.

Die Erwerbstätigenzahlen der Wirtschaftsabteilungen wurden mit den jeweiligen regionalen Anteilen auf die Arbeitsamtsbezirke und Bundesländer verteilt. Dadurch entstehen Schätzungen der regionalen Erwerbstätigenzahlen¹³.

¹² Wie in der finanzwissenschaftlichen Literatur seit langem gefordert (z. B. von Musgrave und Recktenwald)

¹³ Siehe hierzu: H. Rudolph: Erwerbstätigkeit und Bevölkerung – Regionalstrukturen für Arbeitsämter und Kreise. IAB-Werkstattbericht Nr. 16/28. 8. 1992.

Abgangsrechnung (über Bestandsveränderungen)

Von dieser geschätzten Ausgangsverteilung können die seither erfolgten Abgänge in Konten außerhalb des Beschäftigungssystems relativ exakt verfolgt werden. Die hier relevante Bestandsveränderung zwischen zwei Bilanzstichtagen (dem 30. 11. 90 und dem 30. 06. 92) wurde aus dem seit Ende November 1990 in der Arbeitsmarktstatistik erfaßten Anstieg bei den Arbeitslosen, dem Vorruhestand (insbes. AlüG) und den Teilnehmern an Vollzeitmaßnahmen der Qualifizierung ermittelt.

Dabei ist allerdings zu beachten, daß zwar im Dezember '90 Vorruhestandsgeld (VoG) durch Altersübergangsgeld abgelöst wurde, daß aber VoG-Anträge auch noch später eingereicht und bewilligt werden konnten. Diese Option wurde faktisch (und statistisch) z. T. erst im 1. Quartal 1991 wirksam. Diese erst später ausgewiesenen Bestandsveränderungen wurden deshalb von uns folgerichtig in die Abgänge nach der BTE gerechnet.

Ergebnis dieser Kontenrechnung ist eine relativ sichere Schätzung für die Zahl der Erwerbstätigen in den Regionen (zur Jahresmitte 1992). Damit ist der Ausweis der unterschiedlichen Beschäftigungsverluste seit 1989 oder seit Ende 1990 möglich. Der Vergleich mit den letzten BTE-Ergebnissen der DDR vom November 1989 bleibt aber problematisch, weil die territoriale Zuordnung des damaligen X-Bereiches bis heute unklar geblieben ist. Lediglich die Gesamtentwicklung von ursprünglich 8, 8 Mio. Erwerbstätigen (bzw. 9, 3 – 9, 5 Mio. Erwerbstätigen einschl. X-Bereich) im Jahre 1989 auf jetzt ca. 6, 4 Mio. erwerbstätige Inländer bzw. 6, 08 Mio. Erwerbstätige (im *Inland* = „Arbeitsplätze“) ist darstellbar.

Die Arbeitsplatzentwicklung seit dem Fall der Mauer könnte (ohne Berücksichtigung des X-Bereichs) deshalb nur auf Länderebene ausgewiesen werden. Allerdings fehlt noch die Basis für die wirtschaftliche Zuordnung der Lehrlinge (siehe hier H. Rudolph: Beschäftigungsstrukturen in der DDR vor der Wende. Eine Typisierung von Kreisen und Arbeitsämtern. In: MittAB 4/1990). Hierzu werden auch erste Schätzungen für den sektoralen Strukturwandel angeboten. Dabei werden sowohl die Monitor-Ergebnisse bis Mai 92 (5. Befragungswelle) wie auch vorläufige Strukturdaten aus der Beschäftigtenstatistik als Kontroll-Raster benutzt. Es bleiben bei beiden Quellen einstweilen noch Unscharfen: Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik sind vorläufig, der Monitor weist die sektorale Selbstzuordnung der Befragten aus.

Wenn man heute allerdings fragt, *wieviele* Arbeitsplätze wo gebraucht werden, sind drei Sachverhalte beim Angebot an Erwerbspersonen ins Kalkül zu stellen:

- Der Fall der Mauer war nicht nur Ergebnis der Volksbewegung, er war auch von erheblichen Wanderungsbewegungen begleitet. Die Aussicht auf bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen führte seither zu einer Abwanderung von über einer Million Personen, ca. 700 Tsd. davon im erwerbsfähigen Alter.
- Der Beschäftigungsverlust wäre noch größer gewesen, wenn nicht zwischenzeitlich viele als Pendler im Westen willkommene Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten gefunden hätten. Anders ausgedrückt: Der Arbeitsplatzverlust (Inlandskonzept) ist größer als der Rückgang der Erwerbstätigkeit (nach dem Inländerkonzept). Gegenwärtig wird die Zahl der Pendler auf ca. 460 Tsd. geschätzt. Zum Teil wird aus Pendeln die endgültige Abwanderung.

- Das Arbeitsgesetzbuch der DDR enthielt nicht nur eine beeindruckende Aufzählung von Arbeitnehmerrechten. Es bestimmte die gesellschaftliche Verpflichtung, ja den Zwang zur Arbeit, zum Teil unter verheerenden „Verwertungsbedingungen“ (an dieser Stelle sei der Rückgriff auf diesen überkommenen Jargon gestattet). Im internationalen Vergleich hatte die DDR nicht nur eine äußerst arbeitswillige, sondern auch arbeitsfähige Bevölkerung. Die gesellschaftlichen Prägungen sind in der Einstellung zur Arbeit immer noch wirksam. Gleiche Chancen für Mann und Frau auf eigenständige Gestaltung des Bildungs- und Berufsweges sind unverzichtbares Ziel. Die Sicherung eines akzeptablen Haushaltseinkommens bestimmt auch und gerade unter den gegenwärtig schlechten und Ungewissen Arbeitsmarktbedingungen die nach wie vor relativ hohe Erwerbsbeteiligungsquote – auch und gerade im Familienverband.

Dennoch kann man auf mittlere Sicht davon ausgehen, daß eine Rückkehr zu den hohen Erwerbsquoten des alten Systems nicht den Wünschen der ostdeutschen Bevölkerung entspricht. Anders ausgedrückt: Der statistisch gemessene Rückgang der Erwerbsquote ist noch kein Hinweis auf nicht erfaßte Verdrängungsprozesse (die Potentiale der Erwerbsquoten werden von der Bundesforschungsanstalt für Landesplanung und Raumordnung und dem Institut der deutschen Wirtschaft gegenwärtig auf unter 80%

Übersicht 17: Nachrichtlich: Erste vorläufige Schätzung zu (innerostdeutschen) Pendlersalden von Arbeitsamtsbezirken

Neue Länder und Berlin (Ost)	Ost/Ost PS
Arbeitsamtsbezirke	001
031 Neubrandenburg	– 4 120
032 Rostock	6 990
033 Schwerin	1 100
034 Stralsund	– 10 130
035 Cottbus	9 830
036 Eberswalde	– 13 440
037 Frankfurt (Oder)	– 10 200
038 Neuruppin	– 23 980
039 Potsdam	17 140
042 Dessau	– 1 110
043 Halberstadt	– 7 440
044 Halle	19 830
045 Magdeburg	10 920
046 Merseburg	– 4 700
047 Sangerhausen	– 9 580
048 Stendal	– 8 030
049 Wittenberg	– 8 160
071 Annaberg	– 17 290
072 Bautzen	– 39 990
073 Chemnitz	35 140
074 Dresden	53 420
075 Leipzig	25 190
076 Oschatz	– 8 370
077 Pirna	– 22 280
078 Plauen	– 7 860
079 Riesa	– 10 230
092 Zwickau	– 17 740
093 Erfurt	17 520
094 Gera	5 320
095 Gotha	– 7 420
096 Jena	– 4 190
097 Nordhausen	– 8 940
098 Suhl	– 7 560
070 Altenburg (Th)	– 11 000
80 Berlin (Ost)	60 000

geschätzt). Verdrängungseffekte in von unserer Abgangsrechnung nicht erfaßten Bereichen können gegenwärtig vernachlässigt werden.

Die Statistik der Arbeitsverwaltung erlaubt für diesen Bereich der Rechnungen zuverlässige Aussagen zum Niveau und den Regionsanteilen.

Es bleibt allerdings das Problem, daß die Fortschreibung der BTE dem Beschäftigungsortkonzept folgen müßte, während Arbeitslosigkeit und Wanderungen nach dem Wohnort erfaßt werden. Bald werden auch für die Pendlerverflechtungen zwischen den ostdeutschen Regionen gesi-

cherte Ergebnisse aus der Beschäftigtenstatistik vorliegen (sie dienen übrigens auch der Festlegung neuer Arbeitsmarktreionen durch die Gutachter Eckey, Horn und Klemmer). Für diese Zwischenergebnisse bleibt vorübergehend noch ein Fehlerbereich, der von uns mit Rückgriff auf interne Pendlermatrizen soweit wie möglich reduziert wurde (siehe bereinigte Bilanzergebnisse Teil 1-3). Eine erste Schätzung zu den innerostdeutschen Pendlersalden ist in Übersicht 17 angeboten. Zusammen mit den ersten Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik können die hier vorgelegten Bilanzergebnisse auch für eine trennscharfe Arbeitslosenquote verwendet werden¹⁴.

¹⁴ Die Regionalstrukturen für die Wanderungen wurden von H. Gommlich aus den Daten des Zentralen Einwohnerregisters (ZER) aufbereitet. Diese Datei erfaßt zwischen 60 und 80% der einzelnen Altersjahrgänge der Wanderungsangaben vom Statistischen Bundesamt (und damit kongruent der IAB-Gesamtbilanzen).

Die Regionalstrukturen für die Herkunft der Auspendler wurden von F. Dietz aus der Beschäftigungsstatistik bereitgestellt. Sie liefert für unsere Zwecke ausreichend verläßliche Wohnortsangaben für ca. 320.000 Ost-West-Pendler. Mit Hilfe der Monitoregebnisse wurden diese Daten von uns hochgerechnet.